

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Proteste gegen die islamfeindlichen Rechten von Pro NRW in Köln-Ehrenfeld

- *Europa wählt zwischen „Primat der Politik“ und „Diktat der Finanzmärkte“ – S. 3*
- *Frankreich hat gewählt: sozialdemokratischer Präsident, extreme Rechte bei 18 Prozent – S. 5*
- *Sozialticket in Mannheim und Mobilitätskarte in Stuttgart – S. 12*
- *Die IG Metall ist streikbereit – S. 17*
- *Ad ACTA? Sobald wohl nicht! – S. 19*

Ausgabe Nr. 5 am 12. Mai 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

ILO kritisiert Merkels Austeritätspolitik

rül. Die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nation (ILO) rechnet in diesem Jahr mit 202 Millionen Arbeitslosen weltweit. Obwohl sich die Weltwirtschaft langsam von der Krise zu erholen scheine, bliebe die Lage auf den Arbeitsmärkten angespannt, teilte die ILO in dem am 30. April veröffentlichten Bericht über die Welt der Arbeit mit. Ein Grund dafür sind nicht zuletzt die von der Schuldenkrise getriebenen Sparmaßnahmen, die auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Seit Beginn der Finanzkrise 2008 seien bereits rund 50 Millionen Jobs verloren gegangen. Die Beschäftigung in den Industrieländern werde frühestens Ende 2016 wieder ein Niveau wie vor der Krise erreichen, lautet die Prognose der ILO. Trotz der Anzeichen eines wieder zunehmenden Wirtschaftswachstums in einigen Regionen „ist die weltweite Beschäftigungssituation alarmierend und zeigt kein Zeichen einer Erholung in der nahen Zukunft“, schreibt der Autor des Berichts, Raymond Torres. „Die einseitige Betonung von Sparmaßnahmen zumal in den Euroländern vertieft die Beschäftigungskrise und könnte Europa erneut in die Rezession bringen“, warnt der Direktor des ILO-Forschungsinstituts. „Länder, die sich für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik entschieden haben, haben sowohl wirtschaftlich als auch sozial bessere Ergebnisse erzielt. Wir müssen uns diese Länder genau ansehen und Lehren daraus ziehen“, schreibt Torres weiter. In den Krisenländern der EU seien die erhofften Ziele durch die Sparmaßnahmen nicht erreicht worden. Sie hätten weder zu mehr Wirtschaftswachstum noch zu einer Verbesserung am Arbeitsmarkt geführt. Die Organisation rief vor allem Europa auf, die Schaffung von Arbeitsplätzen an die erste Stelle seiner Krisenpolitik zu stellen. Das würde zu mehr Wachstum führen und ein Übergreifen der Krise auf andere Länder verhindern. Zu den wichtigsten Herausforderungen in Deutschland zählen der ILO zufolge eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für atypische Beschäftigungsverhältnisse sowie die Anpassung der Reallöhne an die Produktivitätsentwicklung. Bereits erzielte Abschlüsse in den diesjährigen Tarifverhandlungen deuteten auf weitere Reallohnzuwächse für 2012 und 2013 hin. Dies sei nach Einschätzung der ILO ein großer Schritt in die richtige Richtung. (Eine Zusammenfassung des Berichts ist zu finden unter: <http://www.ilo.org/public/english/bureau/inst/>)

Löw und Gauck

maf. Am 10. Mai hat Frau Julia Timoschenko, die in der Ukraine eine Gefängnishaft verbüßt und weitere Anklagen zu gewärtigen hat, ihren Hungerstreik abgebrochen. Frau Timoschenko hatte sich damit gegen die ärztliche Behandlung durch das ukrainische Gesundheitswesen verwahrt, weil sie befürchtet, dabei umzukommen. Inzwischen hat die ukrainische Regierung die Behandlung von Frau Timoschenko durch ein Ärzteteam aus der BRD erlaubt, nicht aber die von Frau Timoschenko ursprünglich erhoffte Ausreise zur Behandlung in Berlin.

Die Ukraine liegt zwischen dem Wirtschaftsraum, den das heutige Russland organisieren will und der EU. Die Option der Assoziation an die EU konkurriert mit der Assoziation an Russland. In den heftigen Parteikämpfen, die durch diese Spannung ausgelöst werden, hat Frau Timoschenko die Rolle einer Parteigängerin des Westens gespielt, Wahlen gewonnen und dann wieder verloren. Die Transformation Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft in den ehemals realsozialistischen Ländern hat die Möglichkeit gebracht, ungeheure Privatvermögen zusammenzuraffen. Es wird lange dauern, bis nach dem Wechsel im Rechtssystem – Änderung der Gesetze, Änderung der Verfahren – Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz besteht.

In der BRD stand die Frage, ob die Nationalmannschaft der Fußball-Europameisterschaft fernbleiben müsse. Es kam zu einem berührungslosen Fernduell zwischen Löw und Gauck. Ergebnis: Es wird gespielt, aber eine lange Reihe politischer Persönlichkeiten Deutschlands hat erklärt, die Auftritte nicht besuchen zu wollen. Sollen unsere Jungs allein kämpfen? Wird sie der Bundespräsident, angenommen sie würden Meister, wie üblich ehren können? Schwierige Fragen für die Protokollabteilung des Schloss Bellevue.

Ob der starke Einsatz der BRD dazu beitragen kann, die missliche Lage Frau Timoschenkos nachhaltig zu bessern, ist fraglich. Bundespräsident Gauck hatte die von Frau Timoschenko berichteten Misshandlungen zum Anlass genommen, seine Teilnahmen an einem für den 12. Mai geplanten Gipfeltreffen der Länder Zentraleuropas in der ukrainischen Stadt Jalta auf der Halbinsel Krim abzusagen. 14 Staatsoberhäupter schlossen sich seiner Initiative an. Die ukrainische Regierung sagte das Treffen daraufhin ab, denn es wären nur Litauen, Polen, die Slowakei und Moldau – alles Nachbarstaaten der Ukraine, interessiert geblieben.

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Europa wählt zwischen „Primat der Politik“ und „Diktat der Finanzmärkte“

Bis Mitte Juni wird die Reihe der Wahlen anhalten, die der Bevölkerung in verschiedenen Ländern und Regionen Europas eine Gelegenheit bieten, sich zu den politischen Strategien zu verhalten, die von den Parteien zur Handhabung der Staatsgeschäfte angeboten werden. In der Verarbeitung der Wahlergebnisse durch die öffentliche Meinung zeigt sich, dass die Europäische Union als politischer Raum aufgefasst wird, in dem, was an der einen Stelle geschieht, an allen anderen wirkt und gefühlt wird.

Wie Frankreich wählt, wie Griechenland, das lässt in Europa niemanden mehr kalt, und die Landtagswahl im deutschen NRW – das Ergebnis liegt bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht vor – wird weit über die Grenzen des Landes und des Bundes hinaus Beachtung finden. Das ist nur möglich, wenn übergreifend Kriterien vorliegen, nach denen geurteilt wird. Und in der Tat steht für die Länder in Europas gemeinsamen Markt die Frage, wie das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft austariert werden soll bzw. kann. Die große Zeit der Übertragung öffentlicher Aufgaben an Private ist abgeklungen. Es finden sich Kräfte, die um ein auch schon etwas älteres Schlagwort aufzugreifen, das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft versprechen.

Wie der sogenannte Fiskalpakt zeigt, dessen Ziel die Rückführung der Staatsschulden ist, sind zwischen Strömungen Kooperation möglich. Der Wirtschaftsliberalismus kann begründen, dass auf diesem Wege Mittel für die Wirtschaftstätigkeit der Privaten freigesetzt werden, die Anhänger des Primats der Politik können sich damit trösten, dass die Staatsführung sich auf diesem Wege aus der Umklammerung der Finanzmärkte lösen muss, die dem politischen Handeln bei hoher Staatsverschuldung Ziele vorgeben können. Obwohl die Auseinandersetzung zwischen diesen Lagern, bei uns in der BRD „Schwarz-Gelb“ und „Grün-Rot“, lebhaft ist, zeichnen sich auf allen Ebenen der politischen Systeme Kompromissmöglichkeiten ab: Der Formelkompromiss lautet Stopp oder Abbau der Staatsschulden in Verbindung mit Förderung des Wirtschaftswachstums. Ein Beispiel dafür bietet in Deutschland die FDP. Wenn diese Partei, wie es nach dem Wahlerfolg in Schleswig Holstein wahrscheinlich ist, bei den Landtagswahlen in NRW auf die politische Bühne zurückkehren kann, wird damit eine einschlägige

Kurskorrektur des Wirtschaftsliberalismus besiegelt. Namentlich der NRW-Spitzenkandidat Lindner hat erkannt und deutlich gesagt, dass die Staatsschulden als – zeitlich hinausgezögerte – Steuern begriffen werden müssen, wenn sie auch von einzelnen Geschäftemachern als eine schöne Gelegenheit zur Spekulation genutzt werden können. Nach dieser Auffassung muss die Staatsschuld gesenkt werden, damit der private Sektor gestärkt wird. Anscheinend begreift und belohnt die wirtschaftsliberale Wählerschaft diese Wende weg vom Schnäppchendenken hin zu einer ordnenden Marktwirtschaft. Mit Blick aufs Soziale hat Lindner die Formel vom „mitfühlenden Liberalismus“ geprägt, das klingt gut und tröstlich und kostet nichts. Der Hang Guido Westerwelles, die Benachteiligten der Marktwirtschaft auch noch zu verspotten, hatte umgekehrt die Partei viel gekostet, schließlich sind die sozialen Risiken hoch und sehr breit gestreut. Der extreme Fall der Westerwelle-FDP kann als ein Beispiel dafür dienen, wie eine Strategie von „Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum“ die Polarität von „Diktat der Finanzmärkte“ und „Primat der Politik“ überbrückbar macht. Es wird sich zeigen, ob die europäische Politik in diesem Sinne getrimmt werden kann, demnächst trifft sich Bundeskanzlerin Merkel mit dem neuen französischen Präsidenten Hollande, auf dem Programm steht ein sogenanntes Wachstumspaket.

Der gemeinsame europäische Markt war von Anfang an mehr als ein Absatzmarkt. Er begann als Montanunion, d.h. mit einer länderübergreifenden Organisation von Ressourcenbewirtschaftung, Standortplanung, Produktionsabläufen und Produktentwick-

lungen. Der arbeitsteiligen Aufstellung der Industrie, ohne die z.B. Luft- und Raumfahrttechnik gar nicht mehr betrieben werden könnten, folgt die Entwicklung eines länderübergreifenden Arbeitsmarktes. In großem Unterschied zur Migration der vormalig landwirtschaftlich Beschäftigten in Zentren industrieller Massenfertigung entsteht heute ein Arbeitsmarkt, auf dem sich die Einzelnen nach Chancen des beruflichen Fortkommens bewegen. Während die Abwanderung von Menschen aus den Randgebieten Europas in die Zentren fortdauert, abgewiesen und illegalisiert wird, hat ein Wettbewerb um gut ausgebildete Arbeitskräfte eingesetzt. Die alten Industrieländer Europas haben – im Einzelnen unterschiedlich, aber doch alle – Systeme der sozialen Absicherung von Krankheit, Rente, Arbeitslosigkeit ausgeprägt. Der übergreifende Arbeitsmarkt bezieht diese Regelungen aufeinander. Wer hätte sich früher dafür interessiert, dass italienische Lohnabhängige früher Altersruhegeld beziehen als bundesdeutsche? Heute ist ein solches Interesse so massenhaft vorhanden, dass sich für die Boulevardpresse Schlagzeilen lohnen. Die Internationalisierung der sozialpolitischen Fragen hat sich nicht als Kraftquelle der Linken erwiesen. Am Beginn der weltweiten Arbeiterbewegungen steht Mitte des 19ten Jahrhunderts der Kampf um den Acht-Stunden-Tag, d.h. für eine formal ganz gleiche Behandlung einer sozialen Frage. Es ist heute alles andere als sicher, dass eine emanzipative Sozialbewegung mit dem Ziel identischer Gestaltungen – nach dem Muster der Acht-Stunden-Tag-Bewegung – Durchsetzungskraft aufbauen kann. Das betrifft ja nicht nur leicht formulierbares: Rente ab X Jah-



Finanzkapital – Zielscheibe linker Kritik

ren, wobei die Zahl für X schwer genug zu finden wäre, es geht auch um den ganzen Bereich der staatlich bereitgestellten Dienste und Leistungen. Es spricht viel dafür, den heutigen Staaten bzw. noch kleineren Einheiten die Gestaltungsräume nicht zu verstellen. Die sozialen Kämpfe im heutigen Europa zeigen höchst beunruhigend, dass der Komplex sozialer Fragen nicht nur von links aufgeworfen werden kann, d.h. mit dem Ziel, die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen durch solidarische Einrichtungen aufzufangen, sondern auch von rechts, mit dem Ziel, ganze Menschengruppen zu gesellschaftlichen Unpersonen zu machen. In der BRD kann eine solche Politik zur Zeit noch nicht öffentlichkeitswirksam als Anliegen einer speziellen Partei formuliert werden. Sie wird aber in der Gesetzgebung und im Verwaltungshandeln der Behörden sichtbar. Den Parteien der Linken ist es europaweit bis zum heutigen Tag nicht gelungen, übergreifende Ziele und Grundsätze zu formulieren. Eine Chance dazu hätte die Auseinandersetzung mit dem EU-Vertrag geboten. Im Juni 2014 stehen Wahlen zum Europäischen Parlament an. Das Bundesverfassungsgericht hat für diese Wahlen die Fünf-Prozent-Klausel außer Kraft gesetzt. Hier hat der deutsche Rechtsextremismus die Gelegenheit erhalten, sich zu einer Kraft im Parteiensystem zusammenzuballen.

Wenn auch in Deutschland konservativ-liberale Mehrheiten abgewählt werden und bei Wahlen in Europa Parteien des linken Spektrums Erfolge erzielen, so muss doch registriert werden, dass diese Wahlergebnisse nicht mit zündenden Reformideen verbunden sind. Dies war, um ein inzwischen geschichtliches Beispiel zu nennen, bei der Ablösung des BRD-Konervatismus der Nachkriegszeit durch die sozial-liberale Mehrheit anders: Sicherung / Gewinnung des Friedens durch eine „neue Ostpolitik“, „mehr Demokratie wagen“ um die autoritär-staatsgläubige Struktur der Öffentlichkeit aufzulockern, schließlich „Wohlstand für alle“ und bei der Bildung „Chancengleichheit“, Schlagworte, die heute abgegriffen klingen, damals aber auf eine Veränderung der sozialen Welt zielten. Es ging dabei um Neuerungen, während die heutigen sozialpolitischen Kampagnen geführt werden, um frühere, angeblich oder wirklich bessere Zustände wieder herzustellen. – Bei der Verarbeitung der staatssozialistischen Erfahrung der DDR und der RGW-Staaten hatte die damalige PDS herausgefunden, dass linke Politik das Ziel der Freiheit mit dem Ziel des sozialen Ausgleichs zusammen denken und politisch ausbuchstabieren müsste. Diese Diskussion wurde unterbrochen, als in der BRD die alten sozialen Garantie-



systeme durch die rot-grüne Regierung beiseite geschafft wurden. Seither ist linke Politik durch das Ziel der Wiedergewinnung dieser alten Zustände bestimmt. Wird Die Linke an diesem Wochenende die fünf Prozent für den Einzug in den Landtag von NRW verfehlen, funktioniert diese Politik nicht mehr, es werden solche Hoffnungen und Ziele in der öffentlichen Meinung und im Verbandsleben weiterwirken, im Bereich der repräsentierten Politik sind sie dann obsolet.

Die Diskussion um Staatsschuld, öffentliche Finanzen, politische Union und Währungsunion ist belehrend. Linkes Nachdenken wird sich der Frage stellen müssen, wie die Beziehung der Politik auf die Wirtschaft und umgekehrt zu denken ist. Primat der Politik / Diktat der Finanzmärkte trifft das Problem nicht so richtig. Denn das politische Handeln folgt anderen Regeln als das wirtschaftliche. Im politischen System spricht der Souverän, die politische Macht setzt Recht, und sie setzt es durch. Sie finanziert sich durch Steuern. Das ist ein einseitiges Nehmen.

Im wirtschaftlichen Bereich gelten freiwillig geschlossene Verträge (auch wenn manchmal die Vorteile recht einseitig verteilt sind). Das Ziel der optimalen Ausnutzung der wirtschaftlichen Ressourcen hat zur einer Verflechtung der realwirtschaftlichen Prozesse durch Kreditverhältnisse geführt, der Vorteil dabei ist, dass der Reichtum der Gesellschaften in all seinen Elementen jederzeit verwertet wird, nichts brach liegen bleibt. Das Risiko ist, dass jede Nichteinhaltung einer solchen Verpflichtung sich in der Realwirtschaft auswirkt, Wirtschaftsprozesse unterbricht, Produktionsverluste zur Folge hat. Anders als in der Politik gibt es in der Wirtschaft keinen Status quo, der stabilisiert werden kann. Wenn die EU-Kommission mal eine Zeitlang nichts Neues verordnet, muss nicht viel passiert sein. Wenn sich der Euro nicht dreht, fällt er.

Der moderne Staat ist auf allen seinen Ebenen wirtschaftender Staat, die Verwaltung ist auf weite Strecken leistende Verwaltung geworden, sie erbringt

geldwerte Leistungen. Die Finanzierung solcher Leistungen durch Steuern schafft eine schwierige Situation. Die Steuerung der Leistung über den Preis fällt weg, d.h. man weiß nicht so ganz genau, ob und wie viel den Individuen an dieser oder jener Leistung gelegen ist. In vielen Fällen bedient sich die öffentliche Hand der Mischfinanzierung, ein gutes Beispiel das Nahverkehrssystem der Großstädte, das erheblich bezuschusst werden muss, obwohl es für die Benutzer keineswegs billig ist.

In der Geschichte der Bundesrepublik hat es auf diese Problematik um die siebziger Jahre eine Art Wetterleuchten gegeben, nämlich bei den Kämpfen um die Tarife im öffentlichen Nahverkehr, die in einer Forderung nach Null-Tarif energisch erhoben, damit aber nicht durchdringen konnten. Heute stellt sich diese Problematik – die Problematik der Bewirtschaftung der Gemeingüter im öffentlichen Interesse – für einen immer noch wachsenden Umkreis von Gütern, vor allem im Zusammenhang der neuen Kommunikationstechnologien. Der Streit ums Urheberrecht zeigt jedoch, dass auch neue Technologien die Bereitstellungskosten von Gütern und Dienstleistungen nicht auf null drücken. So müssen z.B. Musiker essen.

Da seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht Kostenfreiheit des Bildungssystem geboten ist (mindestens eines gewissen Minimums an Bildungsangeboten), kann von da aus die Kostenfreiheit öffentlicher Leistungen sozusagen extrapoliert werden. Im täglichen Leben zeigt sich aber die Bedeutung mischfinanzierter Leistungsangebote. Besonders in der kommunalen Politik sehen wir gemeinnützige Einrichtungen und Vereine, sehen bezuschusste Kinderkrippen freier Träger, sehen subventionierte (und trotzdem noch teure) Wohnungen, sehen Wiederbelebung genossenschaftlicher Lösungsansätze.

Es ist wahrscheinlich mehr als ein Zufall, dass die Linke am Sonntag in der schleswig-holsteinischen Landespolitik einen Rückschlag erlitt, während sie gleichzeitig in der Thüringer Kommunalpolitik schöne Erfolge

ge erzielte (siehe auch Seite 22). Das niederschmetternde Wahlergebnis in Schleswig-Holstein lässt der Linken nämlich immer noch die Chance, sich in der Kommunalpolitik und in den Städten, auch in den Stadtstaaten zu entwickeln. In der Politik in den Kommunen findet auch die große konzeptionelle Auseinandersetzung mit den Nazis statt, denen es gerade um die Exklusion, den Ausschluss von Minderheiten aus dem gesellschaftlichen Leben geht. Linke Politik setzt dagegen den guten Willen für Menschenrechte. Erfolg wird sie haben, wenn es ihr gelingt zu wirtschaften, d.h. den für ein

freies und menschenwürdiges Leben erforderlichen Kreis von Gütern und Rechten zu ermitteln und zu fairen und solidarischen Bedingungen bereitzustellen.

Die Wahlergebnisse für die Linke im Westen sind schlecht, sie lassen aber erahnen, dass die Wählerinnen und Wähler die Partei auch im Westen in der Bundespolitik nicht missen wollen. Der Bundestagswahlkampf kann auch nach diesen Ergebnissen immer noch mit guten Erfolgsaussichten geführt werden. Die Ergebnisse lassen aber auch der Politik der Linken in den Kommunen, auch in den Stadtstaa-

ten eine Chance. Die Schwierigkeiten in der Landespolitik können auch als Schwierigkeiten begriffen werden, auf praktische Fragen der Politik in den Ländern praktikable Antworten zu geben. Ein dritter Weg neben dem „Primat der Politik“ und dem „Diktat der Finanzmärkte“ wären Modelle von Selbstorganisation und Selbstbestimmung, das geht nur im Zusammenwirken von Partei, parlamentarischen Vertretern und Bürgerinnen und Bürgern, dieser Zusammenhang stellt sich am ehesten vor Ort her, auf Landesebene ist das sehr viel schwieriger.

Martin Fochler

Frankreich hat einen sozialdemokratischen Präsidenten gewählt

Für die „Antifaschistischen Nachrichten“ hat Bernard Schmid, Paris, nach dem ersten Wahlgang zu den Präsidentenwahlen am 22. April einen Artikel über das Auftreten der extremen Rechten um die Kandidatin Marine Le Pen verfasst, den wir im folgenden abdrucken, weil er deutlich macht, wie der Front National zu seinem hohen Stimmanteil bei der Präsidentenwahl kam.

Die Rechten haben eine Wahltaktik eingeschlagen, die inhaltlich auf eine breitangelegte Sammlungsbewegung aller gesellschaftlichen Gruppierung zielt, in etwa unter dem Motto „Widerstand gegen die Globalisten“. Taktisch war das Auftreten, insbesondere der Aufruf, im zweiten Wahlgang ungültig zu stimmen und weder Sarkozy noch Hollande die Stimme zu geben, auf die am 10. Juni stattfindenden Parlamentswahlen ausgerichtet.

Bei aller Euphorie bei Teilen der Linken über den Erfolg des Sozialdemokraten Hollande bei den Präsidentschaftswahlen: Er hätte es schwer, gegen ein Parlament mit konservativ-rechter Mehrheit zu regieren.

Man darf also gespannt sein, wie sich die Le Pen-Partei Front National im zweiten Wahlgang am 17. Juni positionieren wird. In Frankreich herrscht bei der Wahl zur Nationalversammlung das Mehrheitswahlrecht. Gewählt ist wer entweder im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen erhält – mindestens 50% – oder im zweiten Wahlgang (hier darf noch kandidieren, wer im ersten Wahlgang mindestens 12,5% erreicht) die relative Mehrheit. Oft kommt es für den zweiten Wahlgang zu Absprachen zwischen den Parteien.

alk

Bernard Schmid, Paris

Extreme Rechte bei 18 Prozent

18 Prozent: So viel erhielt die extreme Rechte bislang frankreichweit, „auf nationale Ebene“, noch nie. Ihre bisherigen Rekordwerte lagen bei 16,8% im ersten und 17,8 % im zweiten Wahlgang für Jean-Marie Le Pen, bei der Präsidentschaftswahl 2002. Allerdings konnte er damals als einer der beiden Bestqualifizierten in die Stichwahl einziehen. In diesem Jahr gelingt dies seiner Tochter Marine Le Pen nicht, die am gestrigen Sonntag als drittstärkste Bewerberin um die französische Präsidentschaft abschnitt.

Laut den amtlichen Ergebnissen des Innenministeriums erhielt Marine Le Pen 17,90 % der Stimmen. Diese Stimmenzahl umfasst sowohl das europäische Frankreich als auch die „Überseegebiete“ Frankreichs, wo Le Pen unterdurchschnittlich abschnitt (8 Prozent). Die Pariser Abendzeitung „Le Monde“ gibt für das „Hexagone“, also Frank-

reich im europäischen kontinentalen Rahmen und ohne „Überseegebiete“, einen Stimmenanteil der rechtsextremen Kandidatin von 18,3 % an.

Ihr Anteil entspricht in absoluten

Zahlen 6,421 Millionen Stimmen. Zum Vergleich: Im April 2002 erhielt der damalige FN-Kandidat Jean-Marie Le Pen noch 16,8 % mit 4,805 Millionen Stimmen, zu denen aber noch die Wähler des rechtsextremen Konkurrenten Bruno Mégret – 2,2% und 667 000 Stimmen – hinzugerechnet werden müssen. Und in der zweiten Runde erhielt Jean-Marie Le Pen, der damals neben Jacques Chirac in die Stichwahl einziehen konnte, in absoluten Zahlen 5,525 Millionen Stimmen und einen Anteil von 17,79 %. (Und im April 2007 – bei einer Wahl, die für die extreme Rechte schwierig war und unter ungünstigen Bedingungen stattfand – fiel Jean-Marie Le Pen auf einen prozentualen Anteil von 10,44 % und insgesamt 3,835 Millionen Stimmen.)

Gegenüber dem bisherigen Höchststand der Stimmergebnisse des Front National, dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von 2002, hat Marine Le Pen also fast eine Million Stimmen hinzugewonnen. In den letzten Jahren ist allerdings auch die



Wahlkampfveranstaltung von Marine Le Pen, der Kandidatin des Front Nationale, am 17. April in Paris.

Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Stimmberechtigten von zuvor 41 auf nun 46 Millionen Volljährige gewachsen. Dazu trug sowohl das Wachstum der Bevölkerung – Geburten und v.a. Einbürgerungen – bei, da Frankreich eine weniger stark ‚überalternde‘ Bevölkerung aufweist als Deutschland, als auch die vermehrte Einschreibung in die Wählerregister. Letztere wiederum resultierte zum Teil daraus, dass viele Stimmberechtigte nach dem April 2002 und dem Einzug Jean-Marie Le Pens in die Stichwahl um die Präsidentschaft ein ‚schlechtes Gewissen‘ verspürten, falls sie ihr Wahlrecht nicht wahrnahmen. Zumindest in den letzteren Fällen dürfte sich der Zuwachs bei den Wählerzahlen allerdings eher zu Ungunsten statt zugunsten des FN ausgewirkt haben...

Wahlergebnis höher als Umfragewerte

Damit lag Marine Le Pen um mindestens einen Prozentpunkt höher als in den für sie günstigsten Umfragen vorausgesagt worden war. Bereits in der Vergangenheit hatte sich oft herausgestellt, dass die extreme Rechte in Vorwahlbefragungen unterbewertet wurde, denn viele ihrer Wähler/innen bekennen sich nicht offen zu ihrem Votum. Oder sie misstrauen allen „Intellektuellen“, unter ihnen Umfragerinnen, Journalisten und Sozialforscherinnen, von vornherein.

Abschlussveranstaltung von Marine Le Pen am 17. April

Aber im Laufe des Wahlkampfes hatte sich die Stimmung auch zugunsten der extremen Rechten gewandelt. Die Abschlussveranstaltung im Wahlkampf Marine Le Pens, eine Saalkundgebung am 17. April 2012 in Paris vor über 6000 Menschen, war ein voller Erfolg für die Rassistin: Der Saal kochte. Das Publikum war erheblich jünger, als dies durchschnittlich zu Zeiten des Vaters und Vorgängers der jetzigen Kandidatin – Jean-Marie Le Pen – der Fall gewesen war. Beobachtungen des Verfassers dieser Zeilen, der schon 30 oder 40 Großveranstaltungen der französischen extremen Rechten erlebt hat, zufolge war die Atmosphäre in diesem Jahr eine völlig andere.

Bei Jean-Marie Le Pen verhielt das Publikum, im Schnitt eher mittleren bis höheren Alters, sich eher wie in einer Oper: Es „trank“, gläubig und mit Genuss, die Worte des stimmungsgewaltigen Tenors in sich hinein. Danach ging es in gehobener Stimmung von dannen. Bei Marine Le Pen in diesem Jahr dagegen glich die Atmosphäre eher der in einem Fußballstadion.

Das deutlich verjüngte Publikum ging aktiv mit, spendete tosenden Beifall, schwenkte Fahnen und rief Parolen in Sprechgesängen: On est chez nous! On est chez nous! (Sinngemäß:

Wir sind Herren in unserem Haus.) Unter ihnen jener junge Mann, der einen Teil des Abends hindurch der Banknachbar des Autors dieser Zeilen war und unermüdlich Dinge rief wie: „Pinochet hat es richtig getan! Die Linken – ab ins Stadion! Zack!“ (Unter Anspielung auf das Fußballstadion von Santiago de Chile, das 1973 nach dem Militärputsch als Konzentrationslager genutzt wurde.) Und dieses Publikum füllte danach noch Metrozüge und Busse, zum Teil ohne vom Rufen seiner Parolen abzulassen.

In ihrer Rede hatte Marine Le Pen die Kandidatin einer nationalistischen „Befreiungsbewegung“ gegen die Systemparteien gegeben: „Meine Herren Aristokraten des Systems, nun werden Sie Platz am Tisch machen müssen – für das Volk!“ Und sie entwarf ein Bild von Frankreich, das durch die EU und die mächtigen Globalisierer unterdrückt werde. Von ihnen werde man sich befreien, erklärte, um unter mächtigem Applaus in einem Schweiß- und-Tränen-Aufwall hinzuzufügen: „Wenn wir mehr arbeiten müssen – wir werden es tun, aber für uns! Wenn wir Opfer bringen müssen – wir werden Opfer bringen! Aber für uns, nicht für sie, und nicht unter ihrer Herrschaft!“

Ausgewählte Ergebnisse nach Bezirken

Am höchsten schnitt Marine Le Pen in Bezirken zweierlei unterschiedlichen Typs ab. Einige ihrer höchsten Ergebnisse liegen in südfranzösischen Départements – im Bezirk Vaucluse (um Orange) liegt das höchste Einzelergebnis mit 27,03 %. Aber im benachbarten Gard (rund um Nîmes und im Osten bis Avignon) landete Marine Le Pen, als einzigem Verwaltungsbezirk, auf dem ersten Platz als stärkste Kandidatin mit 25,51 Prozent vor Sarkozy auf dem zweiten und Hollande auf dem dritten Platz mit je über 24 %. Dies sind keine ausgeprägten armen Bezirke, vielmehr handelt es sich bei den WählerInnen des FN hier um eine rechte Stammwählerschaft, die zum Teil aus früheren Algersiedlern während der Kolonialära („Pieds Noirs“) besteht.

Aber auch nordfranzösische industrielle Krisenbezirke, die von Desindustrialisierung und der Abwanderung von Arbeitsplätzen gebeutelt werden, wie Aisne in der Picardie (26,33 % Anteil für Marine Le Pen) oder Pas de Calais mit 25,53% stimmten weit überdurchschnittlich für Marine Le Pen. Ihre Wählerschaft kommt hier zum Teil aus den Krisenhinterlassenschaften der früher starken Linksparteien, während die südfranzösischen Anhänger des FN sich zu allen Zeiten eher rechts verorteten; falls Letztere je nicht „Le Pen“ wählen, dann stimmen sie konservativ oder überhaupt nicht.

Im Jahr 2007, als der Einfluss des FN bei Wahlen zeitweilig stark zugunsten

von Nicolas Sarkozy gesunken war, hatte vor allem diese historisch aus der Rechten kommenden und eher in Südfrankreich oder im Elsass vorzufindende Wählerschaft der rechtsextremen Partei vorübergehend den Rücken gekehrt. Vor nunmehr fünf Jahren hatten in Südostfrankreich, in der Provence (in Bezirken wie Vaucluse), die höchsten Stimmentransfer vom damaligen rechtsextremen Spitzenmann Jean-Marie Le Pen zum konservativen Kandidaten Sarkozy stattgefunden. Nunmehr kehrte diese Wählerschaft offenkundig zum Großteil zum Front National zurück. Gleichzeitig hat der FN sowohl im Jahr 2007 als auch in einem veränderten und für ihn erheblich günstigeren Klima im April 2012 beide Male die „Krisenwählerschaft“ in Nord- und Ostfrankreich halten können. Erstmals seit zehn Jahren gelingt es ihm also, diese beiden doch höchst unterschiedlichen Flügel seines Wahlpublikums wieder zusammenzuführen.

Taktische Überlegungen zur Stichwahl

Im „harten Kern“ ihrer Anhängerschaft und im Apparat der Partei zieht man eine Niederlage Nicolas Sarkozys vor, verknüpft mit dem strategischen Projekt, danach die politische Rechte neu – und rund um die eigene Partei herum – aufzubauen. Diese Strategie, die darauf hinausläuft, die bürgerliche Rechte „zur Explosion zu bringen“, war bereits in den 1990er Jahren durch den damaligen FN-Ideologen Bruno Mégret formuliert und verkündet worden.

Am Wahlabend (22. April) erklärte der Rechtsanwalt Gilbert Collard, ein neu gewonnener prominenter Unterstützer Marine Le Pens, im TV-Studio: „Eine neue Rechte ist entstanden, man wird auf sie Rücksicht nehmen müssen.“ Damit meinte er die eigene Partei „seiner“ Kandidatin / (Gilbert Collard war 2012 Vorsitzender des Unterstützerkomitees für die Kandidatur Le Pens, hat aber bislang keinen Mitgliedsausweis beim FN.)

Dem widersprach jedoch am Montag früh (23. April) Marine Le Pen junger Berater Florian de Philippot im Rundfunk deutlich: Man wolle keine neue Rechte darstellen, vielmehr „glauben wir nicht mehr an den Gegensatz zwischen Links und Rechts“, denn die Grenze verläuft vielmehr zwischen denen, die ihre Nation lieben, und den Anhängern des Globalismus“. Für das eigene Projekt, jenes des „Widerstands gegen die Globalisten“, wolle man sowohl Leute aus der bisherigen Rechten als aus der bisherigen Linken ansprechen. Beide argumentierten jedoch dergestalt, dass die rechtsextreme Partei als eine Art Demokratisierungsbewegung gegen ein Blockparteiensystem erscheinen sollte.

8. Mai in Köln: Rechte Pro NRW blamiert sich

Am 8. Mai war es mal wieder soweit: Ausgerechnet am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus hatten sich die RassistInnen von Pro NRW vor der (noch nicht fertiggestellten) Moschee in Ehrenfeld angekündigt, um dort mit antimuslimischen Parolen zu provozieren.

Das „Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus“ hatte ab 13.30 Uhr zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Diese fand schließlich nicht, wie zunächst geplant, direkt vor der Moschee statt, sondern noch hinter Pro NRW.

Dadurch hatten die HetzerInnen von Pro NRW Sicht auf die Moschee. ZuschauerInnen oder -hörerInnen hatten sie dennoch keine – die Venloer Straße war vor der Moschee abgesperrt und das kleine Häuflein von nicht einmal 30 RassistInnen dadurch ziemlich isoliert. Ihnen standen dafür etwa 400 GegendemonstrantInnen gegenüber, die es trotz der ungünstigen Zeit (wochentags, mittags) nach Ehrenfeld geschafft hatten. Unter ihnen waren (neben vielen Ehrenfelder BürgerInnen) Gewerkschaftsmitglieder, die VVN-BdA, verschiedene VertreterInnen der Glaubensgemeinschaften, SozialdemokratInnen, Grüne und Linke – wobei auf der Kundgebung gemäß Absprache keine Parteifahnen zu sehen waren. Über ein Megaphon gab es einige Redebeiträge. Josef Wirges, Bezirksbürgermeister von Ehrenfeld und einer der InitiatorInnen des Ehrenfelder Bünd-

nisses, wies in seiner Rede noch einmal auf die Unverschämtheit hin, dass Pro NRW ausgerechnet den 8. Mai für seine reaktionäre Propaganda missbrauche.

Volker Beck, MdB für die Grünen und immer wieder Ziel von Beschimpfungen und Spott durch Beisicht und Konsorten, erinnerte in seiner Rede an die vor kurzem stattgefundene Razzia in Radevormwald, bei der Hinweise auf Verbindungen von Pro NRW zur militanten neofaschistischen Szene mehr als deutlich wurden.

Jörg Detjen, Ratsabgeordneter für die Kölner Linksfraktion, kritisierte in seiner Rede auch deutlich den Staat und seine Verwaltung für ihre Rechtsblindheit – was gerade im Zuge der NSU-Morde wieder einmal mehr als deutlich wurde. Auch Rolli Brings war anwesend und machte in einem Redebeitrag und mit einem Lied deutlich, dass Pro NRW in Ehrenfeld nicht willkommen ist.

Auch an der Venloer Straße in der Nähe der U-Bahn-Haltestelle Piusstraße und an der Inneren Kanalstraße hatten sich DemonstrantInnen versammelt, um dem rassistischen Wahlkampf von Pro NRW eine klare Absage zu erteilen. Sehen konn-

te man die braunen Hetzer allerdings auch von dort nicht. Der kleine Trupp war von der Polizei abgeschirmt. Diese war mit einem Riesenaufgebot aufgelaufen – Wasserwerfer, Räumpanzer, Hunde. Vor der Gegenkundgebung gab es penible Kontrollen. Glücklicherweise blieb es aber den ganzen Mittag über friedlich. Pech für Pro NRW, die sich dieses Mal wohl nicht als Opfer inszenieren können, sondern sich eingestehen müssen, dass der 8. Mai in Köln für sie kein Erfolg war, sondern nur peinlich. Um 15.30 Uhr war der Spuk dann auch schon wieder vorbei und die RassistInnen fuhren in zwei kleinen Vans davon. Man kann nur froh sein, dass die Ehrenfelder Moschee die letzte Station der widerlichen „Freiheit statt Islam“-Wahlkampftour war. Denn Rassismus braucht niemand – nicht in Ehrenfeld und auch sonst nirgends.

Jk, Lokalberichte Köln Nr 10/2012



Dokumentiert: Rede von Jörg Detjen

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung von dem Faschismus. Auch deshalb stehen wir hier. Wir dulden keine Neonazis und Rechtspopulisten in unserer Stadt. Wir verteidigen die Freiheit gegen den rechten Mob und gegen den rechten Terror. Bei der Aufdeckung des rechten Terrors der NSU ist deutlich geworden, wie wichtig es ist, die Freiheitsrechte von uns allen zu verteidigen, weil staatliche Institutionen versagt haben. Auch deshalb stellen wir uns heute quer. Das alleine reicht aber nicht aus. Wir müssen Druck machen, dass der Staat nicht weiter auf dem rechten Auge blind ist. Hier muss sich viel ändern. Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen:

Seit vielen Jahren hetzt pro Köln gegen Moscheen mit immer widerlichen Hetztiraden. Das hat dazu geführt, dass sich die Angriffe und Anschläge auf Moscheen verdoppelt haben. Das hat eine Anfrage der Linken im Bundestag jetzt zu Tage gebracht. Aber noch viel schlimmer, die Innenministerkonferenz hat noch im letzten Jahr eine gesonderte Erfassung von An-

griffen auf Moscheen abgelehnt. Deshalb fordere ich den NRW-Innenminister Jäger auf, eigenständig tätig zu werden. Wir brauchen vom Innenminister keine warmen Worte, sondern kühle Taten gegen rechtsextreme Aufzüge und Anschläge.

Bei der Ermittlung gegen den Nagelbombenanschlag in der Keupstraße wurden von den oberen staatlichen Behörden grundlegende Fehler begangen. So wurde das Argument, es gäbe keinen Bekennerbrief, dafür herangezogen, zu behaupten, es läge kein rechtsextremer Hintergrund vor. Die Behörden haben gar nicht durchschaut, dass die perfide Form zur menschenverachtenden Strategie der NSU gehörte. Neben Angst und Schrecken wollte die NSU Zwittertracht säen. Und Schily und damalige NRW Innenminister Behrens sind dar-

auf reingefallen und haben dazu beigetragen, dass gegen Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße Schuldzuweisungen erhoben wurden. All das muss uns doch zu denken geben.

Staatliches Handeln gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus muss deren menschenverachtende Strategie endlich verstehen, damit diese Hetzer die strafrechtlichen Folgen zu spüren bekommen.

Lokalberichte Köln Nr 10/2012

Maid in India

Zwei holländischen NGOs (Somo und ICN) haben eine Folgestudie unter dem Titel „Maid in India“ veröffentlicht, die die Arbeitssituation der TextilarbeiterInnen in den Indien in den Blick nimmt.

Die vorangegangene Studie „Captured by Cotton“ aus dem Jahre 2011 verdeutlichte die katastrophale Arbeitsrechts- und Lebenssituation der TextilarbeiterInnen in der Region Tamil Nadu (Distrikt im Süden Indiens). Auf der Grundlage dieser Ergebnisse kündigten einige Unternehmen, die in den Fabriken dort produzieren oder sich von dort mit Rohmaterial beliefern lassen, an, dass sie Schritte zu Verbesserungen einleiten wollen.

In der Tat hat es Verbesserungen gegeben. Dennoch bleiben die gravierendsten Mängel und Arbeitsrechtsverletzungen trauriger Bestandteil des Arbeitslebens vieler TextilarbeiterInnen. Besonders betroffen sind junge Frauen, die ihre Herkunft in der sozialen Kaste der Dalit haben. Mitglieder dieser Kaste gelten als „unberührbar“ und sehen sich vielfältigen Ausgrenzungen ausgesetzt.

Rekrutiert werden fast ausnahmslos junge, unverheiratete Frauen und Mädchen im Alter von 14 bis 25 Jahren aus der Region Tamil Nadu. Unter Versprechungen von einem gut bezahltem Job, drei Mahlzeiten pro Tag, einer guten Unterkunft und der Möglichkeit,

sich zu bilden und weiter zu qualifizieren, werden Arbeiter/-innen in die Fabriken gelockt. Niedergeschrieben werden diese Versprechungen nicht.

Das sogenannte Sumangali-Schema, ein Oberbegriff für ein sklavenartiges Beschäftigungsverhältnis, impliziert, dass den jungen Frauen versprochen wird, dass sie nach einer Zeit zwischen drei und fünf Jahren, in der sie für die Fabrik arbeiten, einen Extralohn bezahlt bekommen. Dieser Betrag soll den Arbeiterinnen als Mitgift für eine potentielle Eheschließung dienen. In vielen Fällen wurde dieser Betrag nie ausbezahlt.

Hier wird ein großes Problem deutlich: Viele der Arbeitenden in der Textilindustrie sind nicht in Besitz von Arbeitsverträgen oder ähnlichen Papieren, mit denen sie ihre Ansprüche geltend machen könnten.

Untergebracht wird ein Großteil der Arbeitenden in fabrikeigenen Unterkünften. Die gewollte räumliche Nähe zu den Fabriken ermöglicht den Betreibern direkten Zugriff auf die Arbeitenden, gerade die dort Wohnenden werden zum Ableisten von Überstunden gezwungen. Teilweise werden von den Arbeitenden drei Schichten am Stück gefordert (24 Stunden), die damit verbundenen Übermüdungen und nicht vorhandene sichere Arbeitsplätze führen nicht selten zu schweren Unfällen. Die Unterkünfte sind meist überwacht und das Verlassen der Anlage wird entweder verboten oder nur unter Auflagen erlaubt.

Aufgrund fehlender Gewerkschaften in den Fabriken, gegen die entschieden von Seiten der Unternehmen opponiert wird, ist kein Mindestlohn für die Textilbranche vereinbart, was besonders ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne zur Folge hat. Die Situation der Arbeitenden stellt sich immer noch dramatisch dar. Frauen werden in den Fabriken von männlichen Vorgesetzten, meist aus einer höheren Kaste, psychisch und physisch angegangen und erniedrigt. Ebenso kommt es zu sexuellen Übergriffen. Die gesamte Lebens- und Arbeitssituation führt zu höchstem psychischen Druck und hinterlässt schwerste psychische Schäden. Die erschreckende Zahl von über 100 toten Arbeiterinnen, die sich aufgrund ihrer Gesamtsituation in den letzten zwei Jahren das Leben nahmen, verdeutlicht die unmenschlichen Verhältnisse in außerordentlichem Maße.

Die Studie bezieht sich auf vier der größten Textilunternehmen in der Region Tamil Nadu, die europäische und amerikanische Großunternehmen und Händler beliefern. Zum Schluss stellen Somo und ICN Verbesserungsmöglichkeiten und Ansatzpunkte vor und diskutieren u.a. die Rolle von kritischen Konsumenten, ohne dabei die Unternehmen aus Europa und Nordamerika aus der Pflicht zu nehmen. Anhand von Befragungen und Exportdaten werden über 70 Unternehmen aufgelistet, die in der Region produzieren lassen.

Quelle: <http://www.sauberekleidung.de>, 26. April 2012

Niederlande: Die Reinigungskräfte haben gewonnen!

Das Ergebnis des 105-tägigen Streiks ist ein großer Erfolg für die niederländischen Reinigungskräfte. Die Reinigungskräfte erhalten eine Erhöhung von 4,85%, bessere Ausbildung, regelmäßige Arbeitsbelastungsmessungen und mehr Sicherheit für befristete Beschäftigte. Das Ergebnis ist ebenfalls ein wichtiger Schritt nach vorne für die Behandlung von kranken Reinigungskräften. Die Streikenden stimmten für die Annahme dieses Angebots und nahmen die Arbeit wieder auf. Ab 1. Mai erhalten die Reinigungskräfte



Khadija Tahiri

eine Erhöhung von 2%. Im Dezember erhalten sie weitere 1,6% Jahresendbonus. Ab Januar 2013 erhalten sie weitere 2%. Wenn der Reinigungsvertrag sich ändert, finden für 1,5 Jahre keine Veränderungen der Bedingungen statt. Geld wurde bereitgestellt, um 500 Reinigungskräften zu helfen, holländisch zu lernen, 6 000 erhalten Qualifizierungsmaßnahmen. Alle Zeitarbeiter erhalten einen festen Vertrag mit dem Reinigungsunternehmen, wenn sie ein Jahr beschäftigt sind. Die Arbeitgeber werden 1,4 % mehr Pensionsbeiträge zahlen. „Keiner kann mehr für uns tun. Wir sind in Zeiten von wirtschaftlichen Stürmen die Leiter hochgeklettert. Wir sind entfernt von ganz oben, aber wir sind nicht länger im Keller“, sagte eine stolze Khadija Tahiri. Tahiri ist eine Reinigungskraft im Krankenhaus und die gewählte Präsidentin der Gewerkschaft der Reinigungskräfte. „Wir haben vielleicht eine der höchsten Lohnerhöhungen in den Niederlanden gewonnen, aber wir sind am meisten stolz über die respektierte Vereinbarung zu Arbeitsbelastung, Ausbildung und Behandlung von kranken Arbeitern ...“

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org>

Türkei: Erneute Todesopfer auf Tuzla-Werft

Auf den Tuzla Werften, auf denen nicht einmal die grundlegendsten Maßnahmen für die Sicherheit am Arbeitsplatz getroffen werden, übermäßig lange Arbeitszeiten zu Konzentrationsschwäche und Arbeitsunfällen führen und bei Unfällen keine Möglichkeiten wie medizinische Versorgung oder Ärzte vor Ort existieren, arbeiten rund 40 000 Arbeiter. Auf der ADA Werft, eine der Tuzlawerften, sind in Folge einer Gasexplosion im April zwei Arbeiter gestorben und sechs schwer verletzt worden. Die Werft mit rund 500 Beschäftigten gehört seit 2008 einem Parlamentskandidaten der MHP.

Aus Anlass dieses neuerlichen Unfalls hat die Istanbul Health & Safety Labour Watch eine kurze Dokumentation zusammen mit der Gewerkschaft Limter-Is von allen Todesfällen in den Werften zwischen 1992 (dem Datum der Wiederzulassung von Limter-Is, die der DISK angehörende Gewerkschaft war 1980 von der Militärdiktatur verboten worden) bis 2012 veröffentlicht. Deren Ergebnis: Die Werften sind jener Ort, an dem am häufigsten

ohne Gewerkschaft und ohne Versicherung gearbeitet wird. Als Folge dieser Arbeitsbedingungen starben in den vergangenen 15 Jahren 68 Arbeiter.

Quelle: <http://www.mlkp.info> – labournet.de, April 2012

Nokia baut Werk in Vietnam

Nokia hat in Vietnam mit dem Bau einer Fabrik für günstige Handys begonnen. In dem Werk in der vietnamesischen Provinz Bac Ninh sollen günstige Handys für die Wachstumsmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern hergestellt werden, sagte Nokias Chefin der Handysparte, Mary McDowell, im Rahmen einer Zeremonie mit staatlichen Vertretern am Montag. Das neue Werk entsteht auf 17 Hektar in einem Industriepark 20 Kilometer östlich von Hanoi. Anfang 2013 will der Handyhersteller dort die Produktion aufnehmen.

Der angeschlagene Mobilfunkgigant hatte im vergangenen Herbst die Handy-Fabrik im rumänischen Cluj geschlossen, um die Produktion nach Asien zu verlagern. Das anschließend an einen Hausgerätehersteller verkaufte Werk war erst 2008 von Bochum aus nach Rumänien gezogen. Anfang Februar kündigte Nokia an, auch die Smartphone-Herstellung in Asien anzusiedeln. Davon sind 4 000 der 6 900 Mitarbeiter an Standorten in Ungarn, Finnland und Mexiko betroffen.

Quelle: www.heise.de 27.4.2012

Malaysia: Mit Unterstützung der Gewerkschaft Lohn erzwungen

70 nepalesische Arbeiter, die seit zwei Jahren in Satochemifa Berhad, Shah Alam in Selangor (Malaysia) gearbeitet haben, erhielten mit Unterstützung von Gefont (General Federation of Nepalese Trade Unions) ihren vollen Lohn. Statt eines monatlich vertraglich vereinbarten Lohns vom RM 750 (185 €) erhielten sie lediglich RM 450 (115 €). Die Arbeiter informierten die Gefont Support Group (GSG) in Malaysia. Die GSK nahm Kontakt zu der örtlichen Gewerkschaft (MTUC) auf. Das Management der Fabrik hatte entschieden, den Betrieb zu schließen und die nepalesischen Arbeiter ohne die vereinbarte Vergütung zurück zu schicken.

Die GSG warnte das Management, dass sie ein Gerichtsverfahren einleiten würden, wenn der vereinbarte Lohn nicht gezahlt würde. Während der kontinuierlichen Anstrengungen von Gefont und der örtlichen Gewerkschaft wurde der Betrieb gezwungen, die Vergütung, die im Vertrag vereinbart war, vom ersten Tag an zu zahlen und die Arbeiter bei ihrer Rückkehr nach Nepal zu unterstützen.

Quelle: <http://www.ituc-esi.org>

Arbeitsrechtsaktivist in Bangladesch gefoltert und ermordet

Aminul Islam, ein Arbeitsrechtsaktivist und früherer Textilarbeiter aus Bangladesch, wurde letzte Woche in Dhaka gefoltert und ermordet. Sein Körper wurde außerhalb Dhakas abgeworfen und von der lokalen Polizei am vergangenen Donnerstag aufgefunden worden. Nach dem Polizeibericht war sein Körper von schweren Folterspuren gezeichnet. Sehr wahrscheinlich wurde Aminul aufgrund seines Engagements für Arbeiterrechte ermordet.

Aminul Islam arbeitete für das Bangladesh Center for Worker Solidarity (BCWS = Zentrum für Arbeitersolidarität Bangladesch) und die Bangladesh Garment and Industrial Workers Federation (BGIWF = Textil- und Industriearbeiterföderation Bangladeschs). Er wurde zuletzt am Abend des 4. April 2012 gesehen, als er sich zu einem Treffen mit einem Arbeiter aufmachte, der ihn angerufen und um Unterstützung gebeten hatte. Nachdem Aminul und ein Kollege früher am Abend einen Polizeitransporter vor der Tür haben parken sehen, hatten sie aus Furcht vor Belästigungen oder Festnahmen das lokale BCWS-Büro geschlossen. Aminuls Familie und Freunde suchten ihn bis zum Samstag, als seine Frau ein Foto seines Körpers, das in einer Lokalzeitung veröffentlicht worden war, wiedererkannte.

Repressionen gegen Gewerkschafter und Arbeitsrechtaktivisten stellen ein ernsthaftes Problem in Bangladesch dar, und Arbeiterproteste sind in den letzten Jahren vielfach mit Gewalt bekämpft worden. Insbesondere die Lohnproteste des Jahres 2010 haben zur Verhaftung von Hunderten von Arbeitern und Gewerkschaftern geführt. Aminul Islam war auch verhaftet worden. Im Juni 2010 war Aminul von Beamten des bangladeschischen Geheimdienstes (National Intelligence Service, NSI) verhaftet worden. Nach Aminuls Aussagen war er wiederholt schweren Schlägen ausgesetzt gewesen und seine Bewacher sagten, dass diese erst enden würden, wenn er eine Falschaussage gegen seine Kollegen von der BCWS machen würde. Dutzenden von Arbeiterführern stehen noch wegen der Anstachelung zur Aufrühr und ähnlicher Aktivitäten unter Anklage. Diese Anklagen entbehren nach Ansicht internationaler Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen jeglicher Grundlage.

Die Kampagne für Saubere Kleidung fordern die bangladeschischen Behörden dazu auf, eine sofortige und unparteiische Untersuchung des Mordes einzuleiten und unermüdlich dafür zu arbeiten, dass die Täter der Justiz zugeführt werden. Wir rufen auch die Unterstützer in der ganzen Welt,

einschließlich der Missionen der EU und anderer Organisationen dazu auf, vergleichbaren Druck auf die Behörden Bangladeschs auszuüben, um der Kultur der Straflosigkeit, die zu diesem tragischen Mord geführt hat, Einhalt zu gebieten. Unser aufrichtiges Beileid richtet sich zu diesem Zeitpunkt an Aminuls Familie und seine Freunde.

Quelle: <http://www.sauberekleidung.de>

Mordwelle gegen Bauern in Honduras reißt nicht ab

In der Krisenregion Bajo Aguán im Norden von Honduras wurde erneut ein Kleinbauer ermordet. Doninely López Alvarado wurde vor wenigen Tagen durch sechs Kugeln aus großkalibrigen Waffen getötet, als er mit dem Motorrad in der Nähe der Ansiedlung La Confianza unterwegs war. Der 46-jährige wurde von mindestens zwei unbekannten Angreifern beschossen, die sich in den Anpflanzungen der Kooperative La Salamá versteckt hielten. López Alvarado war Angehöriger der Bauernorganisation MUCA und ist der 46. Kleinbauer, der seit Anfang 2010 in der Region ermordet wurde. Ein Minderjähriger, der zusammen mit Aktivisten auf dem Motorrad unterwegs war, blieb bis auf einige Verletzungen, die durch den Sturz vom Motorrad verursacht wurden, unverseht. La Confianza ist einer der Großgrundbesitze, die MUCA besetzt hält. Derzeit ist er Gegenstand von Verhandlungen zwischen Großgrundbesitzern, Regierung und Bauernorganisationen.

Die ausufernde Gewalt im Landkonflikt von Bajo Aguán beschäftigte auch die interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH), die der US-dominierten Organisation Amerikanischer Staaten angehört. In ihrem vor wenigen Tagen in Washington vorgestellten Jahresbericht zeigt sich diese äußerst besorgt und bezieht sich dabei unter anderem auch auf die Situation in Bajo Aguán.

Nach der erneuten Entsendung von Militär- und Polizeieinheiten im Zuge der Operation Xatruch II im August stiegen die Drohungen und Morde gegen Bauernaktivisten stark an. Entgegen der Meinung nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen beteuerten honduranische Regierungsvertreter im Oktober in einer Sondersitzung der CIDH zu Bajo Aguán die Bereitschaft der Regierung zur Lösung des Konfliktes. So habe die Regierung unter anderem mehrere Verträge mit einzelnen Bauernorganisationen abgeschlossen.

Diese Verträge wurden jedoch von Regierungsseite nur teilweise eingehalten, glaubt man der Gegenseite.

Quelle: <http://amerika21.de>

Zusammenstellung: edb

Extremismusklausel im Bund und in Sachsen rechtswidrig

DRESDEN. Nach Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichts von Ende April 2012 ist die vom Bundesfamilienministerium geforderte Extremismusklausel rechtswidrig. Die Amadeu Antonio Stiftung fühlt sich durch das Urteil in ihrer Annahme bestätigt, dass eine derartige Klausel nicht rechtskonform ist. Kristina Schröder hat eineinhalb Jahre lang die Kritik ignoriert, zu Unrecht, wie nun auch das Gericht bestätigt. Die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, fordert nun die nötigen Konsequenzen aus diesem Urteil zu ziehen: „Mit der Rücknahme der Extremismusklausel bietet sich der Ministerin die Chance, das Vertrauen zurückzugewinnen und zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit gegen Rechtsextremismus zurückzukehren.“ Dass nun der sächsische Innenminister Markus Ulbig trotz dieses eindeutigen Urteils des Verwaltungsgerichts keinen Handlungsbedarf sieht, ist bedauerlich. Die sogenannte „Sachsenklausel“ ist vom Urteil des Gerichts ebenso betroffen. Sie ist in gleichem Maße unbestimmt wie die Klausel des Familienministeriums, wie ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des sächsischen Landtags bereits im Oktober 2011 feststellte. Der Bekenntniszwang zur freiheitlich demokratischen Grundordnung ist und bleibt ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot. Sowohl Kristina Schröder, als auch Markus Ulbig stehen in der Pflicht, die Kritik der Zivilgesellschaft ernst zu nehmen und jegliche Hindernisse, die dem demokratischen Engagement entgegenstehen, aus dem Weg zu räumen.

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Unredlich, falsch, unverantwortlich

BERLIN. Die jüngste Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage zum „Zug der Erinnerung“ weist die gleichnamige Bürgerinitiative als „unredlich, falsch und unverantwortlich“ zurück. Die Anfrage hatte die Fraktion Die Linke gestellt, da der „Zug der Erinnerung“ seine weiteren Aktivitäten von einer vollständigen Rückzahlung der Zwangsgebühren des Staatsunternehmens Deutsche Bahn AG abhängig macht. Auch die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hatte deswegen Anfang April an den zuständigen Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU) appelliert. Ebenso schaltete sich in den vergangenen Wochen der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion ein. Die Bundesjustizministerin (FDP) intervenierte bei ihrem Kabinettskollegen. Dutzende Abgeordnete, darunter auch CSU-Parlamentarier des bayerischen Landtags, wurden im Bundesverkehrsministerium vorstellig, um ein Ende des Gedenkens im „Zug

der Erinnerung“ abzuwenden – vergeblich. In ihrer Antwort erweckt die Bundesregierung den Eindruck, sie könne auf Entscheidungen der DB AG keinen Einfluss nehmen. Diese Äußerungen nennt der „Zug der Erinnerung“ unredlich. „Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung, ist Eigentümerin der Deutschen Bahn AG. Staatssekretäre dreier Bundesministerien entscheiden in den führenden DB-Gremien über die Unternehmenspolitik. Sie wissen, dass die Erhebung von Gebühren für den ‚Zug der Erinnerung‘ rechtlich zweifelhaft ist. Dies hat ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags festgestellt. Trotzdem unternimmt die Bundesregierung nichts und schadet dadurch dem Gedenken an die Opfer der NS-Reichsbahn massiv.“ Falsch sei die Antwort der Bundesregierung, weil die tatsächliche Belastung der Bürgerinitiative durch DB-Zwangsgebühren und durch die Kooperationsverweigerung des Bundesverkehrsministeriums verschleiert werde. „Seit 2007 bis April 2012“, heißt es in der Erklärung der Bürgerinitiative, „hat der ‚Zug der Erinnerung‘ Spendengelder in Höhe von 239 Tausend Euro aufwenden müssen, um die von der DB AG verursachten Kosten zu bezahlen. Über 500 Tausend Euro zahlte der Verein bisher für das rollende Material (Lok und Wagen), weil das Bundesverkehrsministerium die Beteiligung an diesen Kosten seit 2007 ablehnt.“ Von diesen hohen Beträgen habe die DB AG aufgrund öffentlichen Drucks und auf zweifelhaften Umwegen 150 Tausend Euro an den Verein zurückgezahlt, das Bundesverkehrsministerium habe 35 Tausend überwiesen. Alles andere, nämlich mehrere Hunderttausend Euro, trage die Bürgerinitiative ...

www.zug-der-erinnerung.eu

Gedenkdemonstration für Philipp Müller am 12.5.2012

ESSEN. Am 11. Mai 1952 kamen in Essen 30 000 junge Menschen aus der ganzen Bundesrepublik zur „Jugendkarawane“ zusammen, um gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands zu demonstrieren. Regierungsbehörden verboten die Friedensdemonstration nur wenige Stunden vor Beginn und gingen mit einem riesigen Polizeiaufgebot und dem Einsatz von Waffengewalt gegen die Jugendlichen vor. Polizisten erschossen den 21jährigen Kommunisten Philipp Müller, einen Arbeiter aus München –



das erste Todesopfer des kalten Krieges in Deutschland. Wogegen Philipp Müller demonstriert hat, ist eingetreten: Die Bundeswehr war beteiligt am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, und sie führt seit zehn Jahren Krieg in Afghanistan. Deutschland ist beim Kriegstreiben in aller Welt mit von der Partie. Der Rüstungsetat der Bundesrepublik beträgt 2012 31,7 Mrd. € und ist der zweitgrößte Haushaltsposten. Deutsche Rüstungsfirmen verkauften 2011 Waffen und Kriegsgerät für 2,1 Milliarden € ins Ausland – Deutschland ist zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen und heizt damit weltweit Krisen und Kriege an. Militarisation der Gesellschaft bedeutet neben Krieg und Aggression nach außen auch Repression nach innen. Das zeigt sich beim brutalen Vorgehen der Polizei gegen die Teilnehmer der Demonstration gegen die jährliche Münchener Nato-„Sicherheitskonferenz“, bei der Kriminalisierung von AntifaschistInnen in Dortmund und Dresden, beim gewalttätigen Einsatz gegen die Gegner von Stuttgart 21. Und längst ist es Alltag, dass sich die Bundeswehr in Arbeitsagenturen und JobCentern, auf Jugend- und Jobmessen und in Klassenzimmern als „bombensicherer“ Arbeitgeber zur Schau stellt. Die Jugendkarawane von 1952 wollte ein entmilitarisiertes Deutschland und damit die Lehren aus zwei Weltkriegen ziehen. Nie wieder Krieg – dieses Anliegen Philipp Müllers ist heute hochaktuell.

www.nrw.vvn-bda.de

Gorleben: Symbol verfehlter Atompolitik

GORLEBEN. „Der Fleck muss weg“ – Hunderte weiße Luftballons mit einem schwarzen Flecken ließ die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) am 28. April 2012 in den Himmel steigen. Knapp 3 000 Atomkraftgegner demonstrierten an diesem Tag in Gorleben gegen die „Mogelpackungen, die derzeit in Berlin in Sachen Endlagersuchgesetz verhandelt werden“. Eskortiert von 144 Traktoren der Bäuerlichen Notgemeinschaft umzingelten

die Teilnehmer der Demo im Anschluss an eine Kundgebung das Endlagerbergwerk musikalisch und künstlerisch. Aufgerufen hatten zu der Veranstaltung neben der BI und den Bauern auch die großen Naturschutzverbände und zahlreiche Anti-AKW-Gruppen. „Hier geht es nicht mehr um Gorleben, Gorleben ist vielmehr ein Symbol einer verfehlten Atomwaffenpolitik“, resümiert die BI. Vor allem sei man nicht einig mit den Parteien, die in Berlin um ein Endlagersuchgesetz feilschen. Aus Verhandlungskreisen war zu hören, SPD und Grüne hätte sich mit der Regierungskoalition auf einen Umgang mit dem Standort Gorleben geeinigt. Demnach solle es einen kompletten Bau- und Erkundungsstopp geben und auch die vorläufige Sicherheitsanalyse „qualifiziert“ abgebrochen werden. Dennoch werde der Salzstock nicht von dem Suchverfahren ausgeschlossen. „Ein Neustart sind anders aus. Es werden Daten gesammelt und der einzige Grund Gorleben im Rennen zu halten ist, am Ende Gorleben wieder als geeigneten Standort präsentieren zu können. Dabei ist die Nichteignung des Standorts seit Jahren bekannt“, kritisiert Wolfgang Ehmke (BI). Solange Gorleben weiter Teil eines Suchprozesses bleibe, können man die Kriterien für ein Endlager, wie schon in der Vergangenheit, immer wieder an den maroden Salzstock anpassen. „Einen echten Neustart in der Atomwaffenmülldebatte kann es nur ohne Gorleben geben. Wir fordern deshalb von den Parteien, sich endgültig von einem Endlager Gorleben zu verabschieden.“

www.bi-luechow-dannenberg.de

Friedens- statt Kriegspolitik im Iran-Konflikt

BERLIN. Ärztinnen und Ärzte der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) haben am 21./22. April 2012 auf ihrem diesjährigen Jahrestreffen in Braunschweig von der deutschen Bundesregierung gefordert, jede Beteiligung an einem Krieg gegen den Iran öffentlich auszuschließen. „Stoppen Sie die Eskalation der Sanktionen gegen das Land, da sie vor allem die Zivilbevölkerung treffen und nach allen bisherigen Erfahrungen eher zur Verhärtung der Fronten und gewaltsamen Zuspitzung als zu einer Lösung des Konflikts führen werden“, heißt es in der Erklärung weiter. Die IPPNW fordert die deutsche Bundesregierung zudem auf, möglichst gemeinsam mit weiteren EU-Regierungen das Zustandekommen der von der UN für 2012 beschlossenen Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone in Nahmittelost zu unterstützen. Angela Merkel solle dafür sorgen, dass dieser wichtige Ansatz zur Schaffung gemeinsamer Sicherheit öffentlich auch wahrgenommen werde. Zudem müssten die milliardenschweren Lieferungen

deutscher Kriegswaffen in die konflikt aufgeladene Region – einschließlich der atomwaffenfähigen Dolphin-U-Boote an Israel und der Leopardpanzer an Saudi-Arabien – beendet werden. Die IPPNW appelliert an die Kanzlerin, alle Bestrebungen in Richtung einer KSZM-NO (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten), also eines umfassenden Dialogprozesses in der Region nach dem Vorbild der KSZE zu unterstützen.

www.ippnw.de

16. bis 19. Mai „Bloccupy Frankfurt“

FRANKFURT A.M. Die Bankenmetropole am Main soll in den Tagen nach Himmelfahrt, das heißt, ab dem 17. Mai, belagert werden. Geplant sind die Besetzung zentraler Anlagen und Plätze mit Protestcamps, eine Blockade der EZB sowie eine große Demonstration am 19. Mai, zu der auch Teilnehmer aus dem europäischen Ausland erwartet werden. In dem „Transnationalen Aufruf zu Aktionen in Frankfurt“ heißt es: „Direkt anschließend an die globalen Aktionstage 12M und 15M, an denen wir in unseren Städten und Regionen protestieren werden, werden unsere transnationalen Kämpfe in Frankfurt zusammenkommen, dem europäischen Zentrum des globalen Kapitalismus und dem Herkunftsort der Not und des Elends, das die Diktatur der Märkte für Millionen von Menschen gebracht hat. Wir protestieren gegen die umfassende Verarmung und den Entzug der demokratischen Rechte in der Eurozone als Teil der globalen Krise des Systems.“

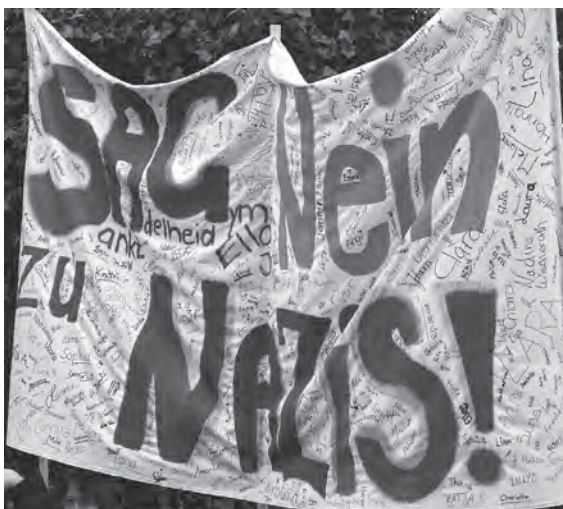
www.european-resistance.org/de/aufrufe/transnational_call_de

1. Mai-Bündnis zum 25. Jubiläum des „Kreuzberger Kiezaufstandes“

BERLIN. 25 000 Demonstranten bei revolutionärer 1. Mai-Demonstration in Berlin, Aufzug wurde von der Polizei unter Anwendung massiver Gewalt aufgelöst. Unter dem Motto „Der Druck steigt – für die soziale Revolution“ zogen am Abend des diesjährigen 1. Mai bis zu 25 000 Men-

schen unterschiedlichen Alters durch die Berliner Innenstadt ... Zu der Veranstaltung hatten verschiedene soziale Initiativen und linke bzw. linksradikale Organisationen wie Antifa-Gruppen organisiert. Es nahmen auch mehrere kurdische Vereine sowie erstmals die Verdi-Bundesjugend mit eigenen Lautsprecherwagen an der Demonstration teil. Die Demonstration, die mit einem offensiven antikapitalistischen Ausdruck und mit zahlreichen Fahnen und Transparenten zunächst durch den Kreuzberger Kiez zog, wurde dann auf dem Gang in die politische Mitte Berlins massiv von zahlreichen Polizeibeamten angegriffen und gestoppt. Die Polizei ging in Höhe Linden/Markgrafenstraße, unweit des Jüdischen Museums, mit unglaublicher Brutalität gegen die Spitze der Demonstration vor und löste den Aufzug mit massiver Härte mittels Schlagstockeinsatz und Tränengas schließlich auf. Ein Grund für diese Maßnahme, die offenbar planmäßig auf die Zerschlagung einer politisch missliebigen Veranstaltung genau an diesem Ort gerichtet war, wurde dem Veranstalter nicht genannt. Stattdessen verweigerte die Polizei jegliche Diskussion mit dem Anmelder der Veranstaltung. Zahlreiche Personen wurden verletzt oder willkürlich festgenommen. Eine genaue Zahl liegt derzeit noch nicht vor. Das 1. Mai-Bündnis erklärt dazu: „Zum 25. Jubiläum des Kreuzberger Kiezaufstandes war die heutige große Demonstration trotz der massiven Polizeigewalt eine deutliche Ansage in Richtung der Herrschenden gewesen, dass man sich die Angriffe auf die Lebensumstände der Menschen durch das Kapital nicht länger gefallen lässt. Wir freuen uns darüber, dass gerade unter den Bedingungen eines erheblichen Sozialabbaus zur Bewältigung der aktuellen Krise in diesem Jahr so viele Menschen zur Demo gegangen und ihren Unmut auf die Straße getragen haben. Wir rufen nun dazu auf, den europaweiten Widerstand gegen die vermeintliche Krisenbewältigungspolitik der Troika und EZB ebenfalls Mitte Mai nach Frankfurt am Main zu tragen.“

www.antifa.de



Neonazis blockieren! – hieß es zum 1. Mai 2012 in vielen Städten der BRD. In größeren und kleineren Städten hatten Nazis Demonstrationen und Kundgebungen angemeldet. Überall organisierten sich breite Bündnisse, um sie zu blockieren und sich den Nazis in den Weg zu stellen. In Bonn konnten allerdings auch ca. 10 000 Menschen den Nazi-Aufmarsch nicht gegen den entschiedenen Willen der Polizeiführung verhindern, die den Nazi-Marsch unbedingt durchsetzen wollte.

www.antifaschistische-nachrichten.de

Mannheim: Wo Sozialticket draufsteht ...

... ist fast nur die Notwendigkeit und Möglichkeit drin, für ein wirkliches Sozialticket weiterzukämpfen

Am 3. Mai hat nun der Gemeinderat den Haushaltsbeschluss vom Dezember 2011 umgesetzt, ein Sozialticket einzuführen. Heraus kam ein Almosen aus einem Geldtöpfchen von 400 000 Euro. Ursache war die Widersprüchlichkeit des Etatbeschlusses, den SPD, Grüne und die ehemalige Linke Gudrin Kuch eingebracht hatten, und dem die Linke zu einer Mehrheit von einer Stimme verholten hatte, nachdem sie sich mit ihrem eigenen Antrag nicht hatte durchsetzen können. Ursache für die Almosen-Lösung ist aber auch die verbohrtete Haltung des VRN, keinen Sozialtickettarif zulassen zu wollen.

Die jetzige Beschlusslage im Einzelnen: Es wird ab Juni oder Juli für TransferleistungsempfängerInnen

schluss „Einführung eines Sozialtickets“ in Mannheim sinnvollerweise zu realisieren war. Hätte man unter den finanziellen Vorgaben Monatstickets à 20 Euro bereitgestellt, wären ca. 800 Personen für ein Jahr zum Zuge gekommen bei ca. 26 000 Berechtigten.

Wenn die Deckelung nicht wäre ...

Der Haushaltsbeschluss „Sozialticket“ war ja eigentlich ganz schön und brauchbar. Da wurde beschlossen: Sozialtickets als einzeln käufliche Monatskarte für ca. 20 Euro oder wahlweise Einzelfahrtscheine für 1 Euro. Berechtigt sollten sein: Die oben genannten TransferleistungsbezieherInnen; zusätzlich aber auch alle Wohngeldberechtigten (Segment der Working Poor) und die Kinderzuschlagsberechtigten.

Die Stadtverwaltung sollte ferner Verhandlungen mit dem VRN über eine eventuelle finanzielle Beteiligung am Sozialticket aufnehmen.

Für alles zusammen wurden 400 TEuro „in den Haushalt eingestellt“. Hier lag der entscheidende Unterschied zum Antrag der Linken: Dieser wollte die Möglichkeit der erstmals angewandten Doppik nutzen, Rückstellungen zu bilden für ein „Risiko, von dem nicht klar ist, ob es eintritt“. Das Risiko wäre gewesen, dass die Stadt Mannheim nach Einführung des Sozialtickets einen möglicherweise eintretenden Defizitzuwachs des Verkehrsträgers RNV (gemeinsames Verkehrsunternehmen der Städte Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen im Verkehrsverbund VRN) auszugleichen hätte. Die Linke, aber auch

das Thema. Es besteht eine gewisse Hoffnung, dass die Kräfte, die die knappe Sozialticket-Mehrheit im Gemeinderat bilden, die Auseinandersetzung mit dem VRN und den prinzipiellen Gegnern eines Sozialtickets weiterführen. Die Linke wird alles ihr Mögliche unternehmen, diese Auseinandersetzung mit Nachdruck zu befördern – „zu erzwingen“ wäre für ein Einzelmitglied im Gemeinderat etwas zu hoch gegriffen.

Die Debatte im Gemeinderat zeigte nochmals die Frontlinien, Schützengräben und Fallgruben

Die Debatte im Gemeinderat am 3. Mai war durchaus heftig und ausführlich, was den „Mannheimer Morgen“ aber nur veranlasste, den Beschluss noch lächerlicher zu machen als er ist („Zwei Blöcke pro Jahr“) und die eigentlichen Themen, um die es geht, zu verschweigen. Leider war nur die Linke auf Kampf eingestellt, während SPD und Grüne der Parteiloyalität folgend kurz begründeten, wie schön und wichtig es ist, dass es nun aufgrund des von ihnen einst eingebrachten Antrags ein Sozialticket gebe, und dass hier eben nun ein Kompromiss vorliege.

Zunächst jedoch goss der CDU-Fraktionsvorsitzende Südmerse seinen Spott über die 75 500 Ticketblocks aus – die brächten gar nichts. Außerdem sei mit dem Hartz-IV-Satz, der ja ein Kind von SPD und Grünen sei (Recht hat er), genug Nahverkehr für die Berechtigten gesichert (er meint also, vier mal pro Monat in die Stadt und zurück reicht). Es sei schlicht und einfach nicht Aufgabe der Kommunen, den Bedürftigen mehr Geld zu geben. Da solle man sich an Berlin wenden. Ins gleiche Horn stieß die FDP-Frau Dr. Wormer. Auch sie verwies auf die schwarz-gelbe Regierung, ohne das Hohngelächter von SPD und Grünen befürchten zu müssen. Südmerse nannte erneut die Verbilligung von Nahverkehrstickets „pure Geldverschwendung – ermöglicht mit einer völlig unnötigen Gewerbesteuererhöhung“, die von der knappen „Sozialticket-Mehrheit“ durchgesetzt worden war. Im Übrigen hielt es Südmerse für eine „Sauerei“, dass ihm der Linken-Stadtrat Trüper „soziale Kälte in erschreckendem Ausmaß“ vorgeworfen habe, und dass dieser ihm unterstellt habe, er wolle die einkommensschwache Bevölkerung in den Vororten „einsperren“.

Die Mannheimer Liste in Gestalt von Herrn Dieter hatte noch einen neuen Gedanken beizusteuern: Auch die Armen in Schwetzingen z.B. seien doch Menschen, man könne doch nicht nur für die Mannheimer sorgen. (Recht hat er, wenn auch nicht als Mannheimer Stadtrat). Wenn man nun aber das Sozialticket nur in Mannheim einführe, habe das schlimme Folgen. Einen frü-



(SGB II und XII, AsylBLG) die Möglichkeit geben, beim Sozialamt oder den Bürgerbüros reguläre Einzelfahrtscheine im Fünferblock (max. 2 Blöcke pro Monat und Person) für je 5 Euro zu erwerben. Die Differenz zum regulären Preis von 10,30 Euro je Block trägt die Stadt. 75 500 Blöcke stehen pro Haushaltsjahr zur Verfügung.

Um es in aller Klarheit nochmals zu verdeutlichen: Es handelt sich nicht um Sozialtickets als einem „Tarifprodukt“ des Verkehrsverbundes für Menschen mit geringem Einkommen in Mannheim, sondern um eine milde Gabe des Mannheimer Sozialamtes, für die in Summe 400 000 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen.

Das ist alles, was mit dem Etatbe-

SPD und Grüne gingen jedoch davon aus, dass die Einführung eines Sozialtickets für die Verkehrsträger mindestens ergebnisneutral, wenn nicht sogar positiv verlaufen würde: Wenn das „Tarifprodukt“ stimmig ist, wird es in großem Umfang angenommen, was letztlich zu Umsatzsteigerungen führt ohne entsprechende Aufwandssteigerungen. Das Kölner Beispiel ist inzwischen ein Beleg für die Berechtigung dieser Hypothese. SPD und Grüne mochten aber der Logik einer Rückstellung nicht folgen und tappten in die Deckelungs-Falle.

Die knappe Gemeinderatsmehrheit, die sich für ein Sozialticket einsetzt, betrachtet die jetzt gefasste Umsetzungsentscheidung als „Einstieg“ in

heren Werbeslogan des Stadtmarketings zitierend stellte er klar: „Magnet Mannheim – das wollen wir nicht“. Mannheim solle also nicht noch zusätzliche Arme aus dem Umland anlocken, die sich hier dann niederlassen.

Finanz- und ÖPNV-Dezernent Specht (CDU), u.a. Verwaltungsratsvorsitzender des VRN, versuchte noch klarzustellen: „Die Verkehrsunternehmen haben einen Anspruch auf 60 Euro je Monatsticket (Normaltarif Monatsticket für Jedermann ohne Abovertrag). Die Differenz zum Sozialticketpreis muss auf jeden Fall jemand zahlen. Ganz einfach!“ Mit dieser ganz einfachen Rechnung hatte er schon während der Haushaltsberatungen vorgerechnet: Wenn 50% der Berechtigten ein Sozialmonatsticket ein ganzes Jahr lang kaufen würden, hätte die Stadt einen Zuschuss von 5,8 Mio. Euro zu tragen. Er verwies auch nochmals auf den Beschluss der Verbandsversammlung des VRN aus Juni 2010, kein Sozialticket einzuführen und die Debatte hierzu zu beenden.

Es ist nun klar, wie dick das Brett ist. Wie scharf und stark ist der Bohrer?

Dezernent Specht meint, sich vollkommen hinter den „Unternehmen“ verstecken zu können, denen kein Gemeinderat irgendwelche Vorschriften machen könne. Da ist leider ein Körnchen Wahrheit dran. Denn der VRN ist als sog. „Netto-Verbund“ konstruiert: Die einzelnen Mitgliedsverkehrsunternehmen arbeiten auf eigene Rechnung. Gemeinwohlbedingte Defizite müssen dann die jeweiligen Auftraggeber (Kommunen und Kreise bzw. Länder) ausgleichen. Es gibt jedoch durchaus Beispiele, wie der gemeinsame politische Wille der Gebietskörperschaften zu verbundweit gültigen verbilligten Sondertarifen führte. Erinnert sei an die „Karte ab 60“, ein verbundweit einsetzbares Monatsticket für 34,20 Euro. Hierfür zahlt keine Kommune einen speziellen Verlustausgleich. Es gibt nur aus dem Regionalisierungsfonds des Bundes und der Länder einen Zuschuss. Von diesem Abo-Ticket werden ca. 60 000 im VRN verkauft. Es geht also, wenn man will.

Das Thema „Teilhabe für Einkommensschwache“ durch einen verbundweiten Tarif bleibt also auf der Tagesordnung. Schwerpunkt müssen die Städte Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen und der Rhein-Neckar-Kreis sein – das Einzugsgebiet der RNV, die ein öffentliches und kommunal kontrolliertes Verkehrsunternehmen mit 45% Anteil am Gesamtverbund ist. Interessant wird als nächstes das Ergebnis der Befragung von Hartz-IV-EmpfängerInnen in Heidelberg. Die Metropolregion muss auch auf Seite der KämpferInnen für ein Sozialticket zusammenwachsen! *Thomas Trüper*

Stuttgart: Tamtam à la Schuster:

OB legt Vorschlag für Mobilitätskarte vor

In den Großstädten gibt es einen gewissen Trend weg vom Auto. Die Gründe dafür sind vielfältig – die steigenden Kosten, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, gesellschaftliche Einstellungen usw. Für die Kommunalpolitik ergeben sich daraus neue Anforderungen, bestehende öffentliche Angebote müssen erweitert und neue geschaffen werden. Wie müssen diese Angebote aussehen? In Stuttgart diskutieren Stadtverwaltung und Gemeinderäte derzeit rund um die „Mobilitätskarte“, also dem Versuch die verschiedenen Arten der Verkehrsmittel besser miteinander zu verbinden.

Am 18. April ging der Oberbürgermeister mit seinem Konzept für eine „Stuttgart Service Card“ an die Presse – noch bevor er seinen Vorschlag dem Gemeinderat vorgelegt hatte. Es ist das übliche Verfahren: der OB verständigt sich mit Investoren und nimmt deren wirtschaftliche Interessen auf, dann macht er öffentliches Tamtam und argumentiert, dass die Investoreninteressen auch irgendwie mit den Interessen der Stadtgesellschaft zusammenpassen, und der Gemeinderat soll dann ruckzuck seine Vorschläge absegnen.

Die Überlegungen für eine Mobilitätskarte gibt es schon eine Weile. In dem Gemeinderatsbeschluss zur Förderung des E-Mobil-Projektes, also des elektrischen Pkw-Projekts der Automobilfirma Daimler und des Energieerzeugers EnBW, ist erstmals öffentlich gemacht worden, dass Schuster eine Mobilitätskarte einführen will, und es zeichnete sich auch ab, dass Schuster ein „Investorenmodell“ daraus machen will.

SÖS und Linke haben daher umgehend eine Anfrage¹ gemacht: Es ging darum zu sichern, dass die Stadt die Kontrolle in der Hand behält, dass sich alle Mobilitätsanbieter beteiligen können (z.B. nicht nur Daimler, sondern auch der Carsharinganbieter Stadtmobil), dass der Datenschutz und die sozialen Belange sichergestellt werden.

Gleichzeitig haben SÖS und Linke einen Antrag² gestellt, welche Grundvoraussetzungen gelten sollen:

ein kommunales Modell unter öffentlicher Kontrolle,

der diskriminierungsfreie Zugang für aller Nutzerinnen und Nutzer,

die Einbeziehung von Bonus- und Familiencard und die Einführung eines Sozialtickets.

Gleichzeitig verlangt der Antrag, dass das Konzept auf für andere Kommunen und für die Region geöffnet wird und dass mit der Mobilitätskarte eine Vernetzung der verschiedenen Verkehrsarten und gute Umsteigemöglichkeiten hergestellt werden.

Schusters „Investorenmodell“

Der Vorschlag von OB Schuster sieht vor, dass man mit der Karte Tickets für den öffentlichen Nahverkehr lösen kann und Zugang zu Carsharing und Leihfahrrädern ermöglicht. Daneben soll die Karte eine Bezahlungsfunktion für eine Vielzahl von Dienstleistungen haben: Bezahlung städtischer Gebühren,

Abheben bei der Bank, Eintrittskarten für Events, Kino, Theater, Museen, Schwimmbäder und Stadien, Bibliothek, aber auch Einkauf beim Einzelhandel und Handwerk.

Das alles könnte eine solche Karte ermöglichen, aber der Hauptpunkt ist nicht eine Kundenkarte für alles und jedes in der Stadt. Hauptpunkt ist die intelligente Vernetzung der verschiedenen Verkehrsarten, die durch bequemes Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr einlädt, und ein einheitliches Bezahl- und Zugangssystem für die verschiedenen Verkehrsarten Bahnen und Busse, VVS, SSB und Bahn, Taxen, Carharing und Leihfahrräder sowie Parkplätze. Damit kann die Verbesserung des Modal Split, d.h. Erhöhung des Anteils umweltverträglicher Verkehrsarten, erreicht werden. Das muss unterstützt werden durch die Schaffung von bequemen Umsteigepunkten mit Parkplätzen an Endhaltestellen, mit Stellplätzen für Carsharing etc.

In Schusters Modell wird zwar als „Grundidee“ dieser Verkehrs- und Umweltaspekt genannt. In seinem Rahmengerüst der „Smart City“ als Zugangskonzept macht die „Smart Mobility“ aber nur etwa ein Viertel aus.

Alles „smart“?

Die weiteren drei Viertel sind „Smart City Services & Tourism“ mit Dienstleistungsangeboten der Stadt und der Tourismusförderung, die „Smart Energy“ mit Angeboten von Energiefirmen sowie „Smart Business“. Für alle diese smarten³ Angebote sollen neben der Stadt Stuttgart, der SSB und dem VVS folgende Firmen und Verbände beteiligt sein: BW Bank, Daimler, Deutsche Bahn, EnBW, City, Region Stuttgart, CIS City Initiative Stuttgart, high Q, Bosch. Und diese Partner sollen nicht eingebunden werden unter der Führung der Stadt Stuttgart, sondern der OB strebt eine Betreibergesellschaft an, „die grundsätzlich kommerzielle Gesellschaftszwecke verfolgt“. Das steht in einem klaren Widerspruch zu einem kommunalen Projekt oder einem Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Region, in dem die öffentlichen Interessen und die der Bürgerinnen und Bürger den Vorrang haben. Wenn SÖS und Linke ein kommunales Modell durchsetzen wollen, müssen sie daher Bündnispartner finden im Gemeinderat und die öffentliche Debatte muss diese Position

stärken. Genau so ist es mit den weiteren zentralen Forderungen von SÖS und Linken.

In den präsentierten Folien des OB kommt der Datenschutz zwar vor, aber weder im Beschlussantrag noch in der Begründung wird darauf eingegangen. Dagegen findet sich hier die Vorstellung, dass die Kartennutzerinnen und -nutzer ihre Daten für das Ticket nur einmal abgeben sollen und alle Projektpartner, sprich Firmen, sollen sie nutzen können. Damit steht ein ungeheurer Pool persönlicher Daten zur Verfügung. Von einer Person können die Verkehrsmittel und Wege, die Konsumgewohnheiten Freizeitverhalten, Vorlieben und Hobby – kurz fast alle Lebensäußerungen und -gewohnheiten festgestellt werden. Da muss doch der Datenschutz gesichert werden, und zwar nicht durch die beteiligten Firmen. Nachdem SÖS und Linke das Datenschutzproblem schon in ihrer Anfrage aufgeworfen haben, hat nun die FDP einen Antrag gestellt, dass der städtische Datenschutzbeauftragte sich dazu äußern soll.

Ohne Sozialticket geht es nicht!

In der Vorlage Schusters zur Mobilitätskarte steht, die vorgelegten Anträge von SÖS und Linken seien damit „erledigt“. Aber wie bei der Forderung nach kommunaler Trägerschaft und beim Datenschutz gezeigt, sind diese Anträge keineswegs erledigt. Noch gar keine Antwort wurde gegeben zu den sozialen Fragen. SÖS und Linke haben in zwei Haushaltsberatungen beantragt, dass die Bonuscard und die Familiencard zusammengelegt werden, um eine Diskriminierung von Kindern und Eltern durch das Vorzeigen der Bonuscard zu vermeiden. Damals wurde uns gesagt, aus politischen und sozialen Gründen sei das nicht möglich. Jetzt geht soll es offenbar problemlos gehen. Wir sind gespannt auf die Vorschläge. Außerdem steht die Forderung nach einem Sozialticket weiter auf der Tagesordnung. Das bedeutet nicht nur, dass auch Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu den integrierten Verkehrsleistungen bekommen müssen. Die Kosten für ein Sozialticket dürfen nicht höher sein als der Anteil für Verkehr im Hartz-IV-Regelsatz. Bei Kindern mit Bonuscard haben wir das schon erreicht. Sie zahlen seit diesem Jahr noch 12 Euro. Für erwachsene Bonuscard-Inhaber und insbesondere für Flüchtlinge müssen wir das noch erreichen. *Ulrike Küstler*

1) Antrag und Anfrage 94/2012, Stuttgart Service Card – Klarheit schaffen

2) Antrag 95/2012: Mobilitätskarte für Stuttgart (siehe Kommunale Berichte Stuttgart Nr. 7/2012, Seite 3)

Weitere Zitate Beschlussvorlage GRDRs 277/2011
3) smart (englisches Adjektiv). Neben „klug, geschickt“ lautet eine weitere Übersetzung: „geschäftstüchtig, raffiniert, gerissen“ (Langenscheidt Lexikon). Danke für den Warnhinweis!

Autonomes Zentrum bedeutende Kultureinrichtung für Kalk: KÖLN. Das Autonome Zentrum in der Kalker KHD-Kantine hat sich in den zwei Jahren seines Bestehens zu einer für den Stadtteil bedeutenden Kultureinrichtung entwickelt. Mindestens 1 000 Besucher nehmen nach einer Schätzung der Verwaltung an den 50-80 Veranstaltungen im Monat teil. Das ergab die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Linksfraktion. Jörg Detjen, Sprecher der Fraktion Die Linke erklärt dazu: „Vor zwei Jahren haben engagierte junge Menschen das Autonome Zentrum gegründet, um selbstverwaltet kulturelle Angebote im Stadtteil zu schaffen. Ihr Projekt schließt eine Lücke und ist zu einer wichtigen Kultureinrichtung in Kalk geworden. Die Breite der Veranstaltungen im Autonomen Zentrum erstreckt sich von Theateraufführungen über Konzerte bis hin zu Lesungen und Filmvorführungen. Dies wird auch in der Region positiv wahrgenommen. Aufgrund der großzügigen Räumlichkeiten können Theater- und Musikgruppen Probenräume zur Verfügung gestellt werden. Die Veranstaltungen sind zumeist kostenfrei. Detjen weiter: „Das AZ ist eine Bereicherung für Kalk. Die Betreiber sollten unterstützt und ermutigt werden. Jetzt muss eine dauerhafte Perspektive für das erfolgreiche Projekt eines selbstverwalteten Zentrums in Kalk geschaffen werden.“ Die Stadt muss für das selbstverwaltete Zentrum nur ein ungenutztes Gebäude zur Verfügung stellen. Die KHD-Kantine zum Beispiel stand bis zur Gründung des AZ etwa zehn Jahre leer. Die Kalkerinnen und Kalker erhalten ein kostenfreies Kulturangebot und die Stadt spart sogar noch, da das AZ Instandhaltung und Betriebskosten selbst erwirtschaftet

www.linksfraktion-koeln.de

SÖS-Linke: Wer ist Stuttgart? STUTTGART. Der Immobilienverlag hat die Stadtratsmitglieder angemalt: „Sehr geehrte..., Stuttgart hat ein Luxusproblem: Die Nachfrage nach Wohnbau- und Gewerbegrundstücken übersteigt das Angebot bei Weitem. Wie damit umgehen?“ Der Luxus der Immobilienbesitzer sind die hohen Miet- und Grundstückspreise, diese sind die Not vieler Stuttgarterinnen und Stuttgarter. Es ist der Auftrag des Stadtrats, diese Not zu beseitigen durch den Bau bezahlbarer Wohnungen. Angesichts der raren Bauflächen in Stuttgart wendet sich der Immobilienbrief gegen Wohnungen im Neckarpark und verlangt hier Gewerbeflächen, und die Region solle eine gemeinsame Flächenplanung machen. Verzicht auf Wohnungsbau im Neckarpark ist falsch,

regionale Zusammenarbeit ist richtig. Die Stadt darf dem Luxus der Immobilienwirtschaft nicht die Interessen von vielen opfern. www.dominio1.stuttgart.de

Kostenloser HVV ist sozial und ökologisch! HAMBURG. „Der kostenfreie HVV ist kein unbezahlbarer Luxus. Was wir uns langfristig wirklich nicht leisten können, ist die Fixierung auf den Autoverkehr mit seinen dramatischen Folgen für Klima und Umwelt“, erklärt Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. „Den Autoverkehr reduzieren und die Mobilität der Menschen erhalten, das geht nur mit mehr Bus und Bahn. Menschen ohne oder mit geringem Einkommen dürfen dabei nicht ausgegrenzt werden. Deshalb müssen wir aus sozialen und ökologischen Gründen schon jetzt mit den Vorbereitungen für einen kostenfreien HVV beginnen. Die Linke setzt sich in einem ersten Schritt dafür ein, endlich ein echtes Sozialticket anzubieten.“

<http://www.die-linke-hamburg.de>

Beschäftigte sind keine Zitronen: BOCHUM. Auf der heutigen Ratssitzung wurde der Haushalt 2012 und die Kürzungsvorgaben für die nächsten 10 Jahre beschlossen. Neben den bereits über 100 Millionen Euro aus dem Haushalts-sicherungskonzept 2009/2010 wurden gestern weitere Kürzungen in Höhe von über 58 Millionen Euro jährlich verabschiedet. Uwe Vorberg hat für Die Linke im Rat erklärt, warum das eine fatale Entscheidung für Bochum ist: Die geplanten Kürzungen sind unsozial und verschlechtern den Bürgerservice. Die angebliche Haushaltskonsolidierung wird auf dem Rücken der städtischen Beschäftigten ausgetragen, wobei die vorgelegten Zahlen vielfach völlig aus der Luft gegriffen sind. Als i-Tüpfelchen der unseriösen Finanzplanung bezeichnete Vorberg das Festhalten an den Musikzentrumsplänen. Weitere Kürzungen sind nicht verantwortbar und nützen auch nichts. Die Einnahmeseite muss endlich von Bund und Land verbessert und die kommunalen Pflichtleistungen finanziert werden, ohne dem können die Kommunen die weitere Verschärfung der Haushaltskrise nicht abwenden.

www.dielinke-bochum.de

Jobcenter verdrängt Hartz IV-Empfänger: NORDERSTEDT. Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfänger sollen künftig weniger Mietkostenzuschüsse für Wohnungen von Bedarfsgemeinschaften erhalten, anstatt 665 nur noch 581 Euro, wenn es nach einer Studie der Hamburger Firma „Analyse&Konzepte“ geht, deren Ergebnisse Miro Berbig, Fraktionsvorsitzender der Linken in

der Stadtvertretung in einer Pressemitteilung heftig kritisiert. „Endlich mal eine gute Nachricht: Demnächst wird es keine Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger mehr in Norderstedt geben. Der eigentliche Skandal dabei ist, dass es hier nicht darum geht, den betroffenen Menschen endlich wirkungsvoll zu helfen, sondern lediglich darum, sie aus der Stadt zu verdrängen“, schreibt Berbig in ironischem Unterton. Sollte das Ergebnis dieser 28 000 Euro teuren Studie zum Tragen kommen, beträfe dies nach Schätzung von Berbig 1 000 Menschen in Norderstedt, die sich auf einem Markt, auf dem die Preise steigen und nicht fallen, eine neue Wohnung suchen müssten. Selbst die Norderstedter Wohnungsunternehmen halten dies für Unfug, solche Wohnungsgibt es in Norderstedt nicht, schon gar nicht in dieser Menge. „Hier soll schlichtweg Armut in die Randgemeinden oder nach Hamburg verdrängt werden.“ www.die-linke-segeberg.de

Wohnungsaufsicht muss ebenbürtiger Gegner werden: BONN. Bis zu 15 000 Wohnungen werden in Bonn systematisch heruntergewirtschaftet, um die Renditeerwartungen von Finanzinvestoren zu erfüllen – so die Schätzung der Stadtverwaltung in einer Antwort auf eine Große Anfrage der Linken. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um vor Jahren privatisierte, ursprünglich öffentliche Bestände, die nun dem offenen Verfall preisgegeben sind. Die Verwaltung räumt ein: „Besonders dort, wo Wohnanlagen in die Hände von global operierenden Finanzinvestoren geraten sind, ist besonders in den letzten 5 Jahren eine erhebliche Verschlechterung der Bausubstanz zu verzeichnen.“ Obwohl eine solche Entwicklung durchaus absehbar war, wurden diese Privatisierungen auch in Bonn gegen jeden Verstand durchgezogen und werden heute noch fortgesetzt: Zurzeit verkauft der Bund erneut gut 11 000 Wohnungen aus seinem Bestand. Immer häufiger wenden sich die Mieter/innen dieser Wohnanlagen in den Händen von Annington, Gagfah & Co. hilfeschend an die Öffentlichkeit, aber auch an die Stadt. 300 bis 400 Anfragen verzeichnet die Wohnungsaufsicht pro Jahr, mit „zuletzt stark steigender Tendenz“. Doch kann die Stadt aufgrund fehlenden Personals und mangelhafter Finanzausstattung nicht das unternehmen, was gegen diese „Finanzinvestoren“ vonnöten wäre, wie sie selbst eingesteht ... www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

PPP-Abzocke auf Kosten der Stadt: FRANKFURT A.M. PPP-Projekte sollten Frankfurt finanzielle Vorteile bringen. So die Theorie der Befürworter. Jetzt zeigt sich am Beispiel Gateway Gar-

dens, wem diese Geschäfte nutzen: den privaten „Partnern“. Dies hat der Hessische Rundfunk (HR) recherchiert (siehe www.hr-online.de vom 11.4.2012). Peter Gärtner, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Römer: „Wenn die Recherchen stimmen, dann muss von einem großen Skandal gesprochen werden“. Gateway Gardens läuft seit acht Jahren als PPP-Projekt. Damals wurde mit den privaten Partnern vereinbart, dass die Stadt Frankfurt an den Gewinnen der Grundstücksverkäufe beteiligt wird. „Jetzt hat der HR herausgefunden, dass von diesen Gewinnen kein einziger Cent bei der Stadt angekommen ist. Die sogenannten privaten Partner der Stadt haben laut HR die Gewinne über Tochterfirmen eingestrichen. Für mich ist das ein unseriöses Geschäftsgebaren zu Lasten der Allgemeinheit.“ Das Projekt Gateway Gardens wird für Frankfurt noch teurer als bisher angenommen. Die Kosten für die vertraglich garantierte S-Bahn-Haltestelle sind in den letzten Jahren gestiegen. Peter Gärtner: „Vor zwei Jahren beliefen sich die kalkulierten Kosten für die Stadt noch auf 73 Millionen Euro. Inzwischen sei der Anteil auf rund 80 Millionen Euro gestiegen, mit Tendenz nach oben. Der Magistrat konnte zu Anfang des Projekts nicht nachvollziehbar darlegen, warum Gateway Gardens einen eigenen S-Bahn-Anschluss braucht, wo doch das Gebiet eine gute Busverbindung zum Terminal 1 hat. Jetzt muss der Magistrat erklären warum die Stadt ein teures Geschenk an die Deutsche Bahn macht, aber die Straßenbahnbindung am Frankfurter Berg aus Kostengründen streicht“.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Beschluss nicht umsetzbar: ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke sieht sich durch die Äußerungen des Personaldezernenten (WAZ / NRZ vom 3. Mai 2012) in ihrer Auffassung bestätigt, dass der vom Viererbündnis beschlossene 1 000-Stellen-Beschluss unrealistisch und somit schlicht nicht umsetzbar ist. Janina Herff, stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Es spricht für den Realitätssinn des neuen Personaldezernenten, wenn er das Ziel einer Reduzierung des städtischen Personals um 1 000 Köpfe als nicht durchführbar anerkennt. Bereits der ehemalige Personaldezernent Hülsmann hatte zu seiner Verabschiedung den Rat darüber informiert, dass dieser unsägliche 1 000-Stellen-Beschluss nicht umgesetzt werden kann. Der populistische 1 000-Stellen-Beschluss des Viererbündnisses ist das Papier nicht wert ist, auf dem er gedruckt wurde.“ Dennoch werden immer wieder unter Berufung auf dieses unsinnige Kürzungsziel wichtige Stellen bei der Stadt und ihren Einrichtungen

nicht neu besetzt. So ist noch immer die Stelle zur Drittmittelakquise bei der VHS Essen nicht besetzt – obwohl diese Stelle unterm Strich mehr Einnahmen schafft und sogar vom Land NRW bezahlt wird.“

www.linksfraktion-essen.de

Antrag: Tariftreue bei öffentlichen Vergaben – auch in Bayern! MÜNCHEN. Der Stadtrat möge beschließen: Oberbürgermeister Ude appelliert an den bayerischen Landtag und die Landesregierung und setzt sich zusammen mit den Vertretern des bayerischen Städtetages dafür ein, dass in Bayern eine Tariftreuregelung analog der anderen 8 Bundesländern eingeführt/beschlossen wird. Als Beispiel könnte hierfür die Regelung aus NRW zur Grunde gelegt werden. Über die Umsetzung und das Ergebnis wird dem Stadtrat berichtet Begründung: Nachdem der Europäische Gerichtshof das sogenannte „Rüffert-Urteil“ (dieses besagt, dass das niedersächsische Tariftreuregesetz die europäischen Entsenderichtlinien verletzt) gefällt hat, setzten die meisten Landesregierungen, in denen es Tariftreuregelungen gab, diese aus. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen war dadurch nicht mehr von der Anwendung bestimmter Tarifverträge abhängig, sondern unterlag nur noch dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit. In 2011 erlebte die Tariftreue jedoch ein Comeback, acht Bundesländer haben ein entsprechendes Gesetz, vier weitere Bundesländer werden ein solches verabschieden. Nach diesen Gesetzten müssen die beauftragten Unternehmen mindestens den branchenspezifischen Mindestlohn zahlen. So verstoßen sie nicht gegen das Urteil des Europäischen Gerichtshofes. Weiter gehen die gesetzlichen Regelungen für Branchen, die nicht vom „Rüffert-Urteil“ betroffen sind, wie beispielsweise der Verkehrssektor. Hier verlangen die einzelnen Landesregierungen von ihren Vertragspartnern eine umfassenden Tariftreue, die sich auf den repräsentativsten Tarifvertrag bezieht. Nur drei Bundesländer, darunter auch der Freistaat Bayern, haben über ein solches Gesetz bisher nicht einmal nachgedacht (Verdi news 11 vom 27.8.2011).

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

„Bundesmittel für kommunale Verkehrs Investitionen müssen erhöht werden!“ BERLIN. Die Städte und die Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs fordern den Bund auf, die Mittel für den Neu- und Ausbau von Schienenwegen und kommunalen Straßen ab dem Jahr 2014 auf keinen Fall zu kürzen, sondern von derzeit 1,34 Milliarden Euro auf mindestens 1,96 Milliarden Euro aufzustocken. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der

Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, und der Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Jürgen Fenske, appellieren an die Länder, bei der Verkehrsministerkonferenz am morgigen Mittwoch in Kassel diese Forderung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund sei es nicht nachvollziehbar, dass das Bundesfinanzministerium die den Ländern zweckgebunden zur Verfügung gestellten Finanzmittel nicht bedarfsgerecht anheben, sondern sogar kontinuierlich abschmelzen wolle: „Wir appellieren an den Bund, Planungssicherheit auch über das Jahr 2014 hinaus zu schaffen. Die Mittel zu kürzen, wäre für die Infrastruktur der Städte fatal und würde mittel- bis langfristig dramatische Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland haben.“ Bund und Länder müssten sich jetzt rasch auf eine Nachfolgeregelung zur Gemeindeverkehrsfinanzierung verständigen. Seit der Föderalismusreform stellt der Bund für die entfallenen Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz im Rahmen des so genannten Entflechtungsgesetzes noch jährlich 1,34 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese können von den Ländern für den Neu- und Ausbau von kommunalen Schienenwegen und Straßen eingesetzt werden. Ohne Finanzierungssicherheit für die Zukunft, so Ude und Fenske, könnten Investitionsvorhaben über Jahre nicht mehr begonnen werden. Da die Zweckbindung der Entflechtungsmittel zum 1. Januar 2014 entfällt, müsse sichergestellt werden, dass die Länder die Mittel weiterhin nur für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und nicht zur Finanzierung allgemeiner Investitionen verwenden, fordern der Deutsche Städtetag und der VDV. Außerdem solle ermöglicht werden, Bundes- und Landesmittel auch für Investitionen in die Grundsanierung kommunaler Verkehrsanlagen zu verwenden. Der Deutsche Städtetag und der VDV hatten zusammen mit 13 Ländern in einer umfangreichen Studie vor rund zwei Jahren den objektiven Bedarf für Investitionen unter anderem in die kommunale Verkehrsinfrastruktur ermittelt. Die Ergebnisse einer aktualisierten Bedarfsermittlung durch die Länder zeigen, dass der Gemeindeverkehr allein für den Neu- und Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur einen Zuschussbedarf an Bundesmitteln in Höhe von 1,96 Milliarden Euro jährlich hat, davon 740 Millionen Euro für den ÖPNV.

www.staedtetag.de

(Zusammenstellung: ulj)

Gute Arbeit in Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit

419 000 Menschen haben sich am Tag der Arbeit an über 420 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt. Einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und eine Stärkung der Tarifautonomie hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer gefordert ...

„8,50 Euro die Stunde – das ist Beton. Darunter geht gar nichts.“ Es müsse außerdem alles getan werden, „die Tarifautonomie zu sichern, die Tarifbindung auszubauen und die All-

Der DGB-Vorsitzende betonte den Wert der Arbeit für die Gesellschaft. Es sei die Arbeit, die Werte schafft, dem Menschen Würde verleiht und die Gesellschaft zusammen hält. Die Arbeit ermögliche Solidarität und Fortschritt. „Ohne Arbeit wäre diese Gesellschaft nichts. Und: Ohne gute Arbeit, ohne sozial geschützte Arbeit hat Europa keine Zukunft.“

Scharf attackierte Michael Sommer die Banken und Spekulanten, die für die gegenwärtige Krise in Europa verantwortlich seien: „Es sind doch nicht

die Menschen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, sondern es sind die gierigen Eliten, die die Staaten ausgeplündert haben und es weiter tun und tun wollen.“

Schuld sei aber auch eine falsche Politik: „Wer keine Steuern erhebt, wer Korruption zulässt, wer Militäretats aufbläht, wer mit Privatisierung seine Bevölkerung enteignet, wer die Finanzmärkte entfesselt und den Raubtier-Kapitalismus von der Kette lässt, der ist Schuld an der Misere in vielen Ländern Europas.“ Statt Europa kaputt zu sparen, forderte Michael Sommer Investitionen in die Zukunft des Kontinents: „Die Alternative zum Niedergang ganzer Volkswirtschaften in Europa sind nicht Sparprogramme, sondern Konjunkturprogramme. Ein milliardenstarker Marschall-Plan.“

Zur Finanzierung der Konjunkturmaßnahmen und zur Eindämmung von Finanzspekulationen forderte er erneut die Einführung einer Finanztransaktionssteuer: „Wir könnten die Spekulation endlich wirksam eingrenzen. Dann würde jeder Knopfdruck, mit dem Spekulanten Milliarden um den Globus jagen, richtig teuer. Damit könnten wir Konjunkturprogramme finanzieren oder die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.“

www.dgb.de



gemeinverbindlichkeit von Branchentarifverträgen zu stärken.“

Michael Sommer forderte kräftige Lohnerhöhungen für die Beschäftigten: „Nach Jahren von Reallohn-Verlusten in vielen Bereichen unserer Wirtschaft, nach Jahren der gemeinsamen Anstrengungen, dieses Land durch die Krise zu führen, Firmen und Arbeitsplätze zu retten, sind wir jetzt dran.“

www.dgb.de

Die IG Metall ist streikbereit!

Die seit Ende April begonnene Warnstreikkampagne belegt eindrucksvoll die Unterstützung für die Tarifforderungen der IG Metall. Bereits bis zum Wochenende nach dem ersten Mai hatten sich bundesweit und in sämtlichen Tarifbezirken 270 000 Beschäftigte beteiligt. Und die Aktionen werden noch ausgeweitet. Die IG Metall nimmt die Verzögerungsstrategie der Arbeitgeber nicht hin. Entweder gibt es bis Pfingsten, also bis Ende Mai, eine Verhandlungslösung oder die Zeichen stehen auf Urabstimmung und Streik. Die Verhandlungen in Baden-Württemberg am 8. Mai werden zeigen, ob die Hardliner im Arbeitgeberlager sich tatsächlich durchsetzen und einen Erzwängungsstreik der Gewerkschaft riskieren werden. Bislang schon haben die Arbeitgeber mit Provokationen auf die Forderungen der Gewerkschaft reagiert. Umgerechnet auf 12 Monate bieten sie lediglich 2,57 Prozent Entgelterhöhung. Die Forderungen nach unbefristeter Übernahme der Auszubildenden und mehr Mitsprache der Betriebsräte bei der Einstellung von Leiharbeitern lehnen sie schlicht ab. Mehr noch! Sie erheben Gegenforderungen. Sollten nämlich, so die Arbeitgeber, die parallel mit dem Verband der Zeitwirtschaft geführten Verhandlungen der IG Metall über Branchenzuschläge für die in der Metall- und Elektroindustrie eingesetzten Leihkräfte zu Kostenbelastungen führen, wollen sie die Ausdehnung der sachgrundlosen befristeten Arbeitsverhältnisse von 24 auf 36 Monate und die Ausweitung der Quote der Beschäftigten mit längerer Wochenarbeitszeit (40 Std.). Die IG Metall ist streikbereit, streikfähig und verzeichnet derzeit Mitgliedergewinne. Die Ausweitung von Dumping-Löhnen mittels Zeitarbeit in der Metall- und Elektroindustrie will sie unbedingt stoppen. Derzeit arbeiten bereits ca. 250 000 Zeitarbeiter in der Branche. Risiken bestehen allenfalls durch die unsichere Konjunkturlage. Die aktuelle Nachfrage in den europäischen Nachbarländern nach Autos deutscher Hersteller sinkt infolge der Staatsschuldenkrise. Der Export ging in jüngster Zeit um 14 Prozent zurück. Im Maschinen- und Anlagenbau sanken die Aufträge aus dem Euroraum um 17 Prozent. Ein Grund mehr, diese Tarifbewegung zügig zu einem hoffentlich guten Ende zu führen.

(Bruno Rucker)



Warnungen und Empfehlungen für das Rosenstein-Viertel

Nach längerer Pause, bedingt vermutlich durch die Volksabstimmung über Stuttgart 21, setzte die Stadt Stuttgart im Rathaus ihre Serie von Veranstaltungen zum neuen Rosensteinviertel fort. Es sprach Magnago Lampugnani, geboren 1951 in Rom, Leiter eines Architekturbüros in Mailand und Professor für Geschichte des Städtebaus an der ETH Zürich, verantwortlich für große Städtebauprojekte in der Schweiz, unter anderem die Neuplanung des Novartis-Viertels, des Firmengeländes eines großen Pharmaherstellers.

www.rosenstein-stuttgart.de

Der Rathaussaal war zwar nicht ganz gefüllt, das mag an dem Termin, Montag vor dem Feiertag 1. Mai gelegen haben, vielleicht nimmt aber auch das Interesse etwas ab, über ein Projekt zu sprechen, das erst in einem Jahrzehnt begonnen wird. Dennoch, es hat sich wie bei fast allen bisherigen Vorträgen gelohnt, die knapp zwei Stunden im Rathaus zu verbringen; wer dazu keine Gelegenheit hatte, kann den Vortrag wie gewohnt im Internet unter www.rosenstein-stuttgart.de nachhören (rund 1000 Zuschauer sollen sich während des Vortrags direkt eingeschaltet haben)¹.

Lampugnani enttäuschte zwar all diejenigen, die den Untertitel „Gebrauchsanweisungen zur zeitgenössischen Stadtplanung“ allzu wörtlich genommen haben und Kochrezepte für das Stadtviertel hinterm Hauptbahnhof erwartet haben. Es waren sieben Grundsätze aus geschichtlichen und heutigen Erfahrungen, die der italienische Architekt vortrug.

Der Titel der Veranstaltung „Zwei oder drei Dinge, die ich von ihr weiß“ bezieht sich auf einen Film von Jean Luc Godard aus den 1960er Jahren, der vor dem Hintergrund eines damals neuen Pariser Stadtviertels, einer reinen Schlafstadt, spielte. Das Problem dieses Viertels waren nicht schlechte Grundrisse oder schlechte Architektur, sondern das Konzept: Daher die Schlussfolgerung:

I. Ein kluges Programm (Mischung der Nutzungen).

Diese Mischung der Nutzungen sollte feinkörnig sein; keine Trennung größerer Gebiete nach Nutzen. Als Beispiel: die Stadtautobahn ist deshalb abschreckend, weil sie die Funktion der Straße auf das Auto beschränkt; während ein gutes Programm alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Zum Beispiel erlaubt der Boulevard St. Germain sowohl den Autoverkehr (obwohl bei seinem Bau es noch gar keine Autos gab) als auch den Fußgängerverkehr als auch das Parken. Allgemein gesagt, es bedarf einer klugen

Überlegung, wie die verschiedenen Funktionen miteinander verbunden werden können.

Aus diesem Programm muss dann ein Plan abgeleitet werden, der zunächst dem Grundsatz gehorcht:

II. Ein System von vielfältigen und qualitätvollen Stadträumen (Straßen, Plätze, Parks).

Gängige Praxis ist, dass die öffentlichen Räume das sind, was nach der Planung, der Bestimmung der Gebäude, der Parzellen „übrig“ bleibt, also Resträume, die es zu „verhübschen“ gilt. Nach Meinung von Lampugnani sollte genau umgekehrt verfahren werden. Zunächst sollten beim Städtebau die öffentlichen Plätze, auf denen sich die Menschen begegnen können, geplant werden. An Beispielen von Pompeji in der Antike über Rom in der Renaissance bis hin zu dem Novartis-Gelände wurde diese These illustriert. Diese öffentlichen Räume, die im besten Fall ein feines Netz bilden, müssen gestaltet werden, damit sie als Orte der Kommunikation funktionieren können.

III. Ein Zusammenspiel von urbanen Architekturen. Häuser mit guten Manieren.

Lampugnani wendet sich gegen die verbreitete Vorstellung, jeder Architekt habe das Recht auf Neuschöpfung. Besser sei es, auf bewährte Bautypen, Fassadengestaltungen, Inneneinrich-

tungen zu setzen. Er hat das ausführlicher dargelegt in seinen gesammelten Essays mit dem Titel „Modernität des Dauerhaften“². Stichworte sind: „Verzicht auf Überflüssiges“, „angemessene Technik“, „Gegen die aufdringliche Innenraumgestaltung“ – kurz gesagt, er hält es für besser, Erprobtes einzusetzen; sich an die vorhandene Umgebung anzupassen.

IV. Ein Beieinander von Menschen, Häusern und Ideen. Ausgewogene Dichte, Gestaltungsreichtum.

Zum Problem Stadterweiterung gibt es historisch den Gegensatz von Stadt (Dreck, Schmutz, Ausbeutung) und „Gartenstadt“, die dann aber in den USA in abschreckender Weise in eintönige suburbane Siedlungen mündete. Das muss nicht sein. Eine Methode, wie hohe Dichte mit Freiräumen verbunden werden kann, sind z.B. Höfe in Blockbebauungen.

V. Eine fast wissenschaftlichen Methode. Geschichte als kritisches Entwurfsinstrument.

Städtebau muss zunächst wissenschaftlich, forschend an die Probleme herangehen. Es geht nicht um den großen Wurf, sondern am Anfang steht das geduldige Erforschen dessen, was es gibt. Die historischen Handbücher (Manuale) sind eine Zusammenfassung des damals aktuellen Standes. Das muss auch heute geleistet werden. Sein Büro habe zum Beispiel verschiedene städtische Siedlungen in der Schweiz daraufhin untersucht, welche Bewohnerdichten tatsächlich vorhanden sind und wie diese Bebauungen wirken. Das hilft gegen Mythen (Hochhäuser=Dichte hoch, bürgerliches Villenviertel=niedrig, die Fakten sind anders) und bietet Entscheidungshilfen. Nötig ist für die Forschung die Untersuchung der vorhandenen Städte. Er verweist auf historische Beispiele, an die sein Büro heute wieder anknüpft: eine Straße in einem Quartier wird im Schnitt gezeichnet, in der Ansicht, der Draufsicht, welche



Die Siedlung Pruitt-Igoe in St. Louis (Missouri, USA): die rund 2000 Sozialwohnungen wurden nach nur 15 Jahren Bestand im Jahr 1972 gesprengt.

Lampugnani trägt vor, „die Bewohner jubelten“, und diese Sprengung leitete eine ganze Reihe von Abrissen von ähnlichen Siedlungen nicht nur in den USA, sondern auch in Europa ein. Sie waren einseitig und vor allem nicht mehr umzubauen.

Bild: wikipedia

Materialien – die Straße ist nicht bloß ein Funktions-, sondern ein architektonisches Element.

VI. Ein Bekenntnis zu Wandel und Offenheit. Planung für das Unplanbare.

Lampugnani zeigte Bilder von Sprengungen von Gebäuden, die erst wenige Jahre alt waren, unter anderem auch die zu Beginn im Godard-Film gezeigte Hochhaussiedlung in Paris. Sie wurden zwar auch abgerissen, weil man den Eindruck erwecken wollte, es seien danach die damit verbundenen sozialen Probleme weg, aber vor allem waren sie aus Betonfertigteilen hergestellt und völlig unflexibel in den Grundrissen. Die Mietskasernen des 19. Jahrhunderts sind zwar auch schlecht, können aber umgebaut werden. Die Komplexität einer Stadt ist so hoch, dass ein robuster und neutraler Entwurf auch Änderungen aushalten sollte, die jetzt noch gar nicht vorhersehbar sind.

VII. Ein Dialog zwischen Stadtbaukunst und Politik. Entwurf, Partizipation, Verantwortung und Vertrauen.

Ein neues Stadtquartier muss von vielen entworfen und entwickelt werden, ein einzelner Architekt hat gar nicht so viele Ideen, dass das ausreichen würde. Dennoch muss am Ende einer der Autor machen. Diese Meinung komme zwar heute schlecht an, weil damit scheinbar die Politik und die demokratische Beteiligung ausgeschlossen würden. Das sei nicht gemeint: Das *Programm* muss in einer vielstimmigen Diskussion zustande kommen. Aber dann müsse man den *Entwurf* jemanden machen lassen, dem man das zutraut, der die künstlerischen und handwerklichen Fähigkeiten dazu hat.

Lampugnani illustrierte seine Thesen an verschiedenen positiven Beispielen und warnt anhand einer Suburbiaplanung in den USA davor, bei der Planung zu versuchen, alle Partikularinteressen zu berücksichtigen, die Ergebnisse würde alle enttäuschen, auch die Leute mit den Partikularinteressen.

Schlußwort: Stadt entsteht nur dort, wo das öffentliche Interesse über das private gestellt wird. Stadt ist gebaute Gemeinschaft, das muss die Politik sicherstellen, auch mit unbequemen und unpopulären Entscheidungen. Er hoffe, dass dereinst unsere Kinder und Enkel gern, gesellig, produktiv und auch vergnügt in ihrer neuen Stadt leben werden.

Alfred Küstler

1 Hinweis: wer sich beim Video bei ca. 17 Minuten einklinkt, erspart sich die Moderation, die versuchte, OB Schuster in einer peinlichen Weise herauszustellen.

2 Vittorio Magnago Lampugnani, Die Modernität des Dauerhaften, Wagenbach Verlag, 2. Auflage 2011, 10,90 Euro.

Ad ACTA? Sobald wohl nicht!

Ende 2011 hat der VBK (Vereinigung Bildende Künstler/innen in Verdi) Bayern Süd einen neuen Vorstand gewählt, dem mit Barbara Trommeter und Georg Szabó zwei jüngere Künstler angehören. Das wirkte sich auf das Thema der Ausstellung aus, die der VBK jedes Jahr zu einem politisch wichtigen Thema durchführt. Gewählt wurde dieses Jahr der Ausstellungstitel „Ad ACTA“ (vom 13. bis 29. April 2012 im Kunstpavillon im alten Botanischen Garten in München). Was mit dem Thema gemeint war, zeigt der Einladungstext zu einem

• Ad acta (lateinisch ‚zu den Akten‘) ist eine lateinische Phrase aus der Amtssprache. Dieser ehemals amtliche Vermerk wurde auf Eingaben angebracht, die keiner Entscheidung mehr bedurften und archiviert wurden, also zu den Akten gelegt wurden. In der heutigen Verwendung bedeutet etwas ad acta legen, dass eine (gelegentlich lästige) Angelegenheit als erledigt betrachtet wird.

• ad: lateinisch ‚zu, hin, an, bei‘¹

Dieser Text entspricht dem Lebensgefühl der jungen Generation, die mit dem Internet sozialisiert wurde. In vielen Webseiten gibt es die Möglichkeit, die Meinung durch Drücken auf einen Daumen kund zu tun. Daumen nach oben: Gefällt mir. Oft auch Daumen nach unten: Gefällt mir nicht. Die Internetunternehmen (z.T. große Konzerne) haben dies eingerichtet, um herauszufinden, welchem Nutzer welche Werbung mit Chance auf Beachtung vorgesetzt werden kann. Die Webnutzer werden dadurch daran gewöhnt, Geschmacksurteile abzugeben, statt aufgrund von Überlegungen und Abwägungen zu urteilen. Auf diesem Urteilsniveau liegt der Einladungstext zum Workshop: ACTA? Passt uns nicht! Daumen nach unten! Ad ACTA!

Leider ist dies gleichzeitig eine zwar implizite, aber doch deutliche Positionierung gegen das Urheberrecht, die sich mit dem Bemühen von Verdi, dieses Recht im Kunst- und Medienbereich zu verteidigen oder sogar auszuweiten, nicht wirklich in Einklang bringen läßt. Glücklicherweise hat der VBK-Vorstand dies im Presstext zur Ausstellung relativiert. Dort heißt es: „Die aktuelle kulturpolitische Werkschau mit dem Titel ‚Ad ACTA‘ ist aufgrund der anhaltenden

Diskussion um den Anti-Piraterie-Vertrag ACTA, der Gefahr des Schutzes geistigen Eigentums, dem Urheberrecht und der Freiheit der Kreativität entstanden ... Die Ausstellung ‚ad acta‘ ist ein mutiger Schritt, sich mit einer komplexen Thematik auseinander zu setzen, die in ihren Einzelheiten früher oder später alle Menschen betrifft.“ Außerdem wird auf die Haltung von Verdi Bezug genommen:



Mi. 18. April 2012
um 19.00 Uhr - offene Diskussionsrunde
„Weg mit den Rechten?! - Von der
Freibeuterei im digitalen Meer“
mit Dr. rer. pol. Michael Neubauer,
Geschäftsführer bvK
Bundesverband Kamera e.V.
und weiteren Gästen aus Politik,
Wirtschaft und Kunst.

mehrtägigen Vorbereitungs-Workshop
vor der Ausstellung.

„Zum Thema ‚Ad ACTA‘:

• Acta: Die Abkürzung ‚ACTA‘ steht für das geplante plurilaterale Handelsabkommen ‚Anti-Counterfeiting Trade Agreement‘. Die teilnehmenden Nationen bzw. Staatenbünde geben an, damit den Kampf gegen Produktpiraterie verbessern zu wollen.

„Der Bundesvorsitzende der Fachgruppe Bildende Kunst in Verdi Herr Lorenz Mueller-Morenius unterstützt ausdrücklich die Forderung Bildender Künstler nach einer Beteiligung an der kritischen Auseinandersetzung mit dem Zeitgeschehen, an urheberrechtlicher Absicherung und breiter Mitwirkung in Zusammenhang mit der Vertretung ihrer eigenen Interessen.“¹

Dieser Ansatz scheint besser geeignet zu sein, Wege zu einer Verständigung über die mit „ACTA“ verbundenen Probleme zu finden. Das zeigte die Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung zum Thema: „Weg mit den Rechten?! – Von der Freibeuterei im digitalen Meer“ am 18. April 2012 mit Dr. rer. pol. Michael Neubauer (Geschäftsführer bvk Bundesverband Kamera e.V.), Dr. Nikolaus Reber (Jurist für Urheberrechte), ValiDom alias Roland Jungnickel (Piratenpartei) und Thomas Pfeiffer (Bündnis 90/Die Grünen). Etwa 50 Teilnehmer – altersmäßig gut gemischt – waren gekommen. Und zwei sich sonst eher sprachlos einander gegenüberstehenden Seiten im Streit um ACTA fingen tatsächlich an miteinander zu reden. Auch wenn Ansätze für einen Konsens nicht gefunden wurden, war allein das schon ein Verdienst der Veranstaltung.

Thomas Pfeiffer und ValiDom versicherten zunächst, dass sie das Urheberrecht keineswegs abschaffen wollten. Sie sahen als Gegner vielmehr die Verwertungsgesellschaften, mit denen auch die Künstler oft Probleme hätten. Beim Thema Kulturflatrate wurde das Urheberrecht jedoch zumindest relativiert. Pfeiffer erläuterte worum es ihm bei einer Kulturflatrate geht (einen vereinheitlichten Begriff dazu gibt es bisher nicht). Mit einer Abgabe von einem oder zwei Euro im Monat je Internetanschluß würde genügend Geld zusammen kommen, um den Künstlern eine Entschädigung für die Verletzungen des Urheberrechts zahlen zu können. Das setzt aber die Verletzung des Urheberrechts als Normalzustand voraus.

Das hielten Dr. Neubauer und Dr. Reber allerdings überhaupt nicht für akzeptabel. Im weiten Internet fühle man sich zwar unbeobachtet, was dazu führt, dass die Hemmschwelle sinkt, gegen Gesetze zu verstoßen. Wenn sich aber viele nicht an rechtliche Regelungen halten, verlieren diese dadurch noch lange nicht ihre Geltung. Auch wenn alle bei Rot über die Ampel fahren, bleibt es dennoch verboten. Dr. Reber wies darauf hin, dass der Schutz des Eigentums im Grundgesetz nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch für das geistige Eigentum gelte. Wer anderes wolle, müsse sich um Mehrheiten für Gesetzesänderungen bemühen.

ValiDom von den Piraten erläuterte,



Barbara Trommter vom Vorstand VBK Bayern Süd bei der Eröffnung der Ausstellung Ad ACTA vor QR Codes No.01 von Trommter-Szabó (© Foto Georg Szabo Photography, Abdruck mit freundlicher Genehmigung).

warum er das Runterladen von Musik oder Filmen aus dem Internet für etwas anderes als Diebstahl hält. Er unterschied zwischen materiellen und immateriellen Gütern – letztere sind beliebig vermehrbar. Dr. Neubauer und Dr. Reber dagegen waren nicht einmal bereit einzuräumen, dass zwischen beiden ein Unterschied besteht. Dabei ist es doch offensichtlich, dass es von der Wahrnehmung her nicht das Gleiche ist, wenn man jemanden etwas wegnimmt und der das deshalb nicht mehr nutzen kann (wie etwa ein Fernsehgerät) oder wenn man sich etwas nimmt, das zwar jemanden anderes gehört, was aber derjenige danach immer noch hat (z.B. das Kopieren eines digital abgespeicherten Films). Ob daraus rechtlich etwas folgt, ist doch eine andere Frage. Wahrscheinlich kann diese tatsächlich guten Gewissens verneint werden, da ein Film in der Regel produziert wird, um damit Geld zu verdienen.

Trotzdem ist es hilfreich darüber nachzudenken, um was für Güter es sich eigentlich handelt. ValiDom hat aber wohl an der falschen Stelle geschaut. Die Unterscheidung von materiellen und immateriellen Gütern ist möglich aufgrund der natürlichen Eigenschaften der Güter – beim Urheberrecht aber geht es ums Eigentum. Dabei handelt sich um ein gesellschaftliches Verhältnis, da die Gesellschaft über das Eigentum regelt, wer zu welchen Konditionen Zugang zu welchen Gütern hat (oder auch nicht hat). Damit beurteilt werden kann, ob das Urheberrecht dies in akzeptabler Weise leistet, muss geklärt werden welchen Stellenwert die Güter für die Gesellschaft haben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es Bereiche der Gesellschaft gibt, wo das Urheberrecht explizit unerwünscht ist. Funktionäre der IG Metall hatten sich vor über 20 Jahren ausgedacht, dass es für Programmierer vorteilhaft sei, wenn sie ein Urheber-

recht für Computerprogramme fordern: „Da könnt Ihr richtig mit Kohle machen.“ Dieser Vorschlag stieß allerdings überhaupt nicht auf Gegenliebe. Die Entwicklung von IT-Programmen lebt von einem ständigen Geben und Nehmen. Würde in diese Beziehung das Eigentum hineinplatzen, wäre die Kooperation empfindlich gestört, wenn nicht sogar zerstört. Dies wird von den IT-Spezialisten nicht gewünscht.

Auch das Internet ermöglicht es, kooperativ hochkomplexe Anwendungen zu schaffen. Das bekannteste Beispiel ist das Online-Lexikon Wikipedia, das undenkbar wäre, wenn für einen Text das Urheberrecht geltend gemacht würde. Bei Musik, Filmen und dergleichen finden allerdings Kooperationen über das Internet höchstens in Ausnahmefällen statt. Es handelt sich vielmehr um Güter, die zu einem wesentlichen Teil die Kultur der Nutzer ausmachen. Das Urheberrecht sorgt somit dafür, dass der Zugang zur Kultur über den Geldbeutel geregelt wird: Je mehr Geld jemand hat, desto mehr Kultur ist möglich. Es ist eigentlich nicht erstaunlich, dass dieses Verteilungsprinzip bei denen, die nur wenig Geld haben, auf mangelnde Akzeptanz und auf Widerstand stößt. Eine Kulturflaute, die zum Existenzminimum in unserer Gesellschaft gehört, würde den Zugang zu Kulturgütern sicher auf akzeptablere Weise regeln. Mit den Rundfunk- und Fernsehgebühren existiert übrigens bereits eine solche Kulturflaute, die auch vom Geldbetrag her als Vorbild realistischer erscheint als eine Abgabe von ein oder zwei Euro je Internetanschluß.

Werden sich die Verteidiger des Urheberrechts auf Überlegungen in diese Richtung einlassen? Auf der Veranstaltung wurde von Dr. Neubauer und Dr. Reber eher den Eindruck einer Wagenburg-Mentalität vermittelt. Recht ist Recht und muss es auch bleiben. Und schließlich stehen sowohl das Grundgesetz wie auch das Bundesverfassungsgericht auf der Seite des Urheberrechts. Dabei wird aber übersehen, dass das Bundesverfassungsgericht sehr aufmerksam auf Diskurse in der Gesellschaft achtet und auch schon mal seine Meinung ändert, wenn sich etwas Neues ergibt. Und mittlerweile hat unter dem Eindruck der Demonstrationen gegen ACTA und der Wahlerfolge der Piraten ein intensiver Diskurs über das Urheberrecht begonnen. In dieser Lage wäre es für den Kunstbereich sicher klüger, sich an dem Diskurs zu beteiligen und über akzeptable Kompromisse nachzudenken. Für die Künstler bestände dadurch wohl auch die Möglichkeit Regelungen durchzusetzen, die ihre Stellung gegenüber den Verwertungsgesellschaften stärken.

Hans Waschkau

1 <http://vbkbayern.wordpress.com>



„Manche Bücher begegnen einem im rechten Moment“

Daniel Cil Brecher, *Der David – Der Westen und sein Traum von Israel*, Köln 2011, PapyRossa Verlag.

Die Aufregung um Grass, um das Atomprogramm des Iran und einen Militärschlag von israelischer Seite hat sich wieder gelegt. Bis das Thema Israel von neuem in die Schlagzeilen gerät ... Die Linke und Grass, der sich der SPD zugehörig fühlt, glauben, dass sie besonders berufen sind, hier klare Worte zu sprechen, die Politik Israels in den besetzten Gebieten zu verurteilen und Einfluss auf die deutsche Regierung zu nehmen, damit sie es ihnen nachtut und sich zu einer entschiedenen Ablehnung der israelischen Politik bekennt. Das ist nicht der Fall und nicht zu erwarten. Was nun die deutsche Öffentlichkeit angeht, die laut Grass der Aufklärung bedarf, um endlich die israelische Politik zu durchschauen und zu verurteilen, so ist sicher genug geschehen in den letzten 50 Jahren, seit 1967 zumal, um es den Deutschen schwer zu machen, sich ein Urteil über die israelische Politik zu bilden. Wenn wir über das deutsche Verhältnis zu Israel nachdenken, brauchen wir weder unbedingt das Gedicht von Grass noch die flammenden Reden der Anhänger der Boykottbewegung (BDS), um zu klaren Einsichten und Schlussfolgerungen zu gelangen. Ich schlage stattdessen die Lektüre von D.C. Brechers Buch „Der David – Der Westen und sein Traum von Israel“ (PapyRossa Verlag, Köln 2011) vor. Es ist keine leichte Lektüre, auch nicht sehr aufbauend, eher ernüchternd. Und um eine solche Ernüchterung zu ertragen, muss man als deutsche Bürgerin bereit sein, sich mit unangenehmen Wahrheiten auseinanderzusetzen, sich auf eine historische Argumentation einzulassen, die die gesamte Entwicklung seit 1945 umfasst. Man könnte fragen, wer damit angefangen hat, die Tatsachen, die zur Staatsgründung Israels geführt haben, zu verdrehen und zu verfälschen. Welche Rolle die früheren Kolonialmächte England und Frankreich und die USA in diesem Zusammenhang gespielt haben. Das Thema der Vorgeschichte der Staatsgründung Israels auf der einen Seite und der Genozid der Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und die Folgen für Deutschland in der Nachkriegszeit auf der anderen Seite bilden die Gemengelage, aus der sich in der Folgezeit nur ein politisches Debakel nach dem anderen ergab. Der Neuanfang Deutschlands, beladen mit Mitschuld an den Naziverbrechen und massiven Problemen wie der Situation der DP (displaced persons), der Flüchtlinge, der zerstörten Städte, einer Bevölkerung, die sich z.T. als Opfer und nicht als Täter sah, der halbherzigen Politik der Entnazifizierung durch die

Alliierten, das sind Themen, die weit zurückliegen, die dennoch bis heute eine Rolle spielen, will man verstehen, unter welchen Vorzeichen sich die neue Beziehung zu Israel entwickelt hat. Dass trotz anfänglicher gegenseitiger Ablehnung das Gespräch zustande kam, nicht nur über Wiedergutmachungsleistungen, dass von Anfang an von Seiten Israels Mythen kreiert wurden, die die deutsche Seite willig aufgriff und kultivierte. Dass einige Wahrheiten von Anfang ausgeblendet wurden. Die Bundesrepublik suchte nach Vergessen und nach einem überzeugenden Neuanfang. Israel wollte sich von dem Bild des verfolgten Juden befreien, das Bild des tüchtigen, mutigen, starken Siedlers an seine Stelle setzen. Und die Araber blieben außen vor, wurden mit allen nur möglichen Vorurteilen belegt. Die Deutschen machten das gern mit. Dass es gelang, den Antisemitismus der Nazis durch Philosemitismus zu ersetzen, ist die Folge dieser Kampagnen in der Adenauer-Ära, deren Ziel es war, in Deutschland ein positives Bild des Staates Israel zu verbreiten und den Glauben, dass Deutschland die eigene Vergangenheit überwunden habe, durch die neue Freundschaft mit Israel zu festigen. Reisen nach Israel gehörten jetzt zur politischen Bildung. Eine fast völlige Ausblendung der palästinensischen Seite in den Medien kümmerte nur wenige. Und hier setzt auch die Selbstkritik der Leserin ein, die erst spät, bei den Massakern im Libanon aufwachte und noch viel später anfang, Fragen nach der Vertreibung und dem Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge aus Palästina zu stellen.

Wer sich für die Geschichte der Bundesrepublik aus der Sicht der Beziehungen zu Israel interessiert, wird in Brechers Buch erstaunliche Tatsachen entdecken. Das hier vermittelte Wissen macht es keineswegs leichter, das eigene Verhältnis zu Israel zu klären und eine Aussage über die Teile der deutschen Gesellschaft zu machen, die Fragen zu Israel vielleicht in ein ähnliches Dilemma gestürzt haben. Auch wenn die Tatsachen der kolonialen Unterdrückung durch Israel klar auf dem Tisch liegen, muss ich mich als Deutsche fragen, wie es dazu kam, dass die Entwicklung, die zu dem jetzigen Zustand geführt hat, aus Unwissen oder Eigeninteresse durch die Jahre geffissentlich übersehen oder verschwiegen wurde. Die Gründe lassen sich nennen, sie sind u.a. wirtschaftlicher und militärischer Natur. Vor allem aber ideologischer Natur, und für die Mythen, die das deutsche Verhältnis zu Israel bis heute bestimmen, sind beide Seiten verantwortlich. *Ulla Varchmin*

Kommentare und Auswertungen aus der Linken zur Wahl in Schleswig-Holstein

Dietmar Bartsch: Heulen und Halleluja

Als ich am vergangenen Samstag nach letzten Wahlkampfeinsätzen im thüringischen Nordhausen und Altenburg wieder gen Berlin rollte, dachte ich mit sehr gemischten Gefühlen an den bevorstehenden Wahltag. Tatsächlich sollte der gestrige Sonntag ein Wechselbad der Gefühle bringen.

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat Die Linke eine bittere Niederlage erlitten. Mit 2,2 Prozent blieben wir deutlich unter den ohnehin sehr gedämpften Erwartungen. Erstmals wurde unsere Partei aus einem Landesparlament rausgewählt. Anders als 2009 konnte unser Landesverband im Norden nicht von bundespolitischem Rückenwind profitieren. Ihm selbst ist es nur ansatzweise gelungen, landespolitisches Profil auszuprägen. In der Wahlanalyse, die weit über die schmallippigen ersten Erklärungen am Wahlabend hinausgehen muss, sollten wir uns sehr wohl auch mit uns selbst befassen: Mit der politischen Ausrichtung der Partei und ihrer Führung, mit unserer Lebensnähe, Modernität und Aktionsfähigkeit. Die Trendwende wird binnen einer Woche bis zur NRW-Wahl natürlich nicht zu schaffen sein. Desto wichtiger erscheint ein kämpferischer Wahlkampf bis zur Öffnung der Wahllokale. Wie sich unsere Genossinnen und Genossen reinknien, erlebte ich jüngst unter anderem in Münster. Wenn alle in Nordrhein-Westfalen so

eine gute Figur machen wie unsere Spitzenkandidatin Katharina Schwabedissen, kann der Wiedereinzug in den Düsseldorfer Landtag noch gelingen.

Während an der Förde bei unseren Genossinnen und Genossen auch Tränen flossen, konnten hier und da in Thüringen Sektflaschen entkorkt werden. Die Linke hat dort bei den kommunalen Stichwahlen sensationell abgeschnitten: Petra Enders wurde Landrätin im Ilmkreis, Birgit Keller in Nordhausen und Michaela Sojka im Altenburger Land. Mit Katja Wolf stellen wir jetzt die Oberbürgermeisterin in Eisenach. Bürgermeister-Stichwahlen gewannen Frank Fiebig in Gräfenroda, Claudia Nissen in Kahla und Karl Koch in Brothertode-Trusetal. Wir waren in allen Stichwahlen erfolgreich. Beachtet man, dass Ralf Hauboldt in Sömmerda, Frank Persike in Bad Blankenburg und Marianne Reichelt in Neuhaus am Rennweg bereits im ersten Wahlgang die jeweiligen Rathäuser holten, besteht aller Grund, den Gewählten, dem Landesverband und seinen Sympathisantinnen und Sympathisanten zu einem überragenden Sieg zu gratulieren. Die Linke hat alle „ihre“ Rathäuser verteidigt und neue hinzu gewonnen. Erstmals stellen wir drei Landrätinnen in Thüringen, toll! Das nenne ich Frauenpower! Die Linke kann als Volkspartei im Osten nach wie vor erfolgreich sein und auch zulegen, das ist eine prima Botschaft vom Wahltag am 6. Mai 2012. Ich will auch

darauf hinweisen, dass SPD und Linke in Thüringen vereinbart hatten, in der Stichwahl gegenseitig ihre Kandidatinnen und Kandidaten zu unterstützen. Augenscheinlich hat das geklappt und zeigt, dass politische Bündnisse meist eher Erfolge zeitigen als das Wir-Gegen-Alle. Auch die Erfolgsgründe werden genauer anzuschauen sein – Bürgernähe und Verlässlichkeit, Beharrlichkeit und Offenheit gehören sicher dazu. In Thüringen, glaube ich, hat auch die Bundespolitik ein Stück weit geholfen. Ich denke dabei vor allem an die Gründung der Treuhandliegenschaftsgenossenschaft „FairWohnen“ durch Linke Politikerinnen und Politiker. Die Genossenschaft hat, wie heute im „Neuen Deutschland“ zu lesen ist, mittlerweile fast 200 Mitglieder. Da müssen wir dran bleiben.

Als schließlich noch die Nachrichten vom Sieg Francois Hollandes gegen Nicolas Sarkozy in Frankreich und vom Erfolg des Linksbündnisses Syriza in Griechenland eintrafen, fand ein durchwachsender Wahlabend ein versöhnliches Ende. Syriza wird übrigens von Alexis Tsipras geleitet, der Vizepräsident der Partei der Europäischen Linken ist und uns beim politischen Jahresauftakt 2012 in Berlin aus erster Hand über die Lage in Griechenland sowie die Positionen und den Kampf der dortigen Linken informierte.

Quelle: <http://www.dietmar-bartsch.de/kolumne/items/heulen-und-halleluja.html>

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (www.benjamin-hoff.de), Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de):
Wahlbericht und erste Analyse (Auszüge)

Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

„Schwarz-Gelb abgewählt – Linke raus – Piraten rein – FDP lebt“ – das sind die wesentlichen politischen Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 6. Mai 2012.

SPD und Grüne verfehlen das Wahlziel einer eigenen Regierungsmehrheit. Stabile Regierungsverhältnisse sind vorerst nicht in Sicht. Eine Koalition von Union und SPD hätte zwar eine deutliche Stimmenmehrheit, wäre angesichts des Verhältnisses zwischen den beiden Parteien vermutlich aber kaum stabiler als eine der rechnerisch möglichen Dreier-Koalitionen, die im deutschen Parlamentarismus immer noch per se als riskante Koalitionen gelten.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis werden im Landtag Schles-

wig-Holstein weiterhin sechs Parteien vertreten sein. Der SSW ist verfassungsrechtlich von der Sperrklausel ausgenommen und steht hinsichtlich einer möglichen Unterstützung einer Regierungsbildung durch die SPD vor der Frage, ob er die traditionelle Position des „Nicht stürzen und nicht stützen“ aufgeben soll. Erstmals in der Landesgeschichte könnte der SSW in einer Regierung ein Ministerium übernehmen.

Die FDP verliert deutlich gegenüber dem Ausnahmeergebnis von 2009, die Piraten ziehen in das dritte Landesparlament ein und sind damit in einem metropolitanen Stadtstaat (Berlin), einem kleinen Flächenland (Saarland) und einem weiterhin agrarischen und kleinstädtisch geprägten Flächenland (Schleswig-Holstein) vertreten. Die Linke im Nordwesten, die ihren Einzug

in den Landtag 2009 der zeitlichen Parallelität zur Bundestagswahl und der damaligen bundespolitischen Hausse im Wähler/-innenzuspruch verdankte, wird nun mit der bundespolitischen Umfragen-Baisse nach unten gezogen, hat dem bundespolitischen Gegenwind kein eigenes landespolitisches Gewicht entgegenzusetzen und büßt ihre parlamentarische Vertretung ein.

Die Wahlbeteiligung und die Parteien – ohne Die Linke bei der LT-Wahl 2012

Die Wahlbeteiligung lag bei dieser Landtagswahl mit 60,1% so niedrig wie noch nie zuvor bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

Die Piraten sind in den dritten Landtag eingezogen und haben dadurch – erneut – eine ursprünglich als sicher geltende rot-grüne Regierungsmehrheit verhindert. Mit den Piraten muss

auch bei den kommenden Wahlen gerechnet werden.

In der Logik des parlamentarischen Systems schaffen Wahlen Entscheidungen über Kräfteverhältnisse in den Parlamenten und Aufgabe der parlamentarisch vertretenen Parteien ist es dann, Regierungen zu bilden.

Diese Aufgabe wird mit den Piraten-Erfolgen für alle Parteien schwieriger, das repräsentativparlamentarische System könnte, wird diese Aufgabe ernst genommen, dabei gewinnen.

Die SPD wird trotz deutlicher Gewinne nicht stärkste Partei im Landtag. Daran änderten auch die höheren Sympathiewerte ihres Spitzenkandidaten Thorsten Albig gegenüber seinem Konkurrenten nichts. Die SPD steht vor der schwierigen strategischen Frage, eine Regierungsbildung zu versuchen, die nur eine „riskante Koalition“ sein kann, oder erneut Juniorpartner der Union zu werden.

Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wird sich die SPD erheblichen strategischen Klärungsbedarfes mit Blick auf die Bundestagswahl gegenüber sehen.

Die CDU erreicht ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950 bei einer Landtagswahl im Norden. Der personelle Wechsel vom Landesvater Carstensen zum „Notkandidaten“ de Jager ist allerdings nicht wirklich misslungen, denn die prozentualen Verluste fallen gering aus. Die CDU bleibt stärkste Fraktion im Landtag. Sie hat ihren Koalitionspartner verloren.

Die FDP hat in Schleswig-Holstein den Absturz aus dem politischen Niemandsland überraschend erfolgreich verhindert. Dies ist nicht der Bundes-FDP zu verdanken, sondern dem Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki. Dank ihm gilt den Wähler/-innen der Liberalen die nord-westdeutsche FDP als „bessere“ FDP, die man dank ihres Spitzenmannes weiterhin wählen kann, wenn auch mit erheblichem Verlusten gegenüber dem spektakulären Ergebnis von 2009.

Der SSW stellt einen Sonderfall im bundesdeutschen Parteiensystem dar. Nur zwei Landesverfassungen räumen Minderheiten Ausnahmen von der Sperrklausel ein, nur in Schleswig-Holstein macht der SSW davon Gebrauch. Die Partei der dänischen Minderheit kann im Wesentlichen ihr Ergebnis von 2009 halten und wird zum wiederholten Male in die Rolle des Züngleins an der Waage, wofür das politische Feuilleton zwischenzeitlich den Begriff der „Dänen-Ampel“ prägte. Der SSW praktizierte jahrelang das politische Prinzip „Nicht stürzen – nicht stützen“. Die Partei hatte vor der Wahl erstmals ihre Bereitschaft zum förmlichen Eintritt in eine Regierung signalisiert.

Es wird sich zeigen, ob dies auch

nach dieser Wahl so bleibt, wenn die Alternative nur eine Große Koalition wäre, bei der wie in NRW 2010 die Frage stünde, wer Ministerpräsident wird oder nicht – die abgewählte CDU oder die wiedererstarkte SPD. Frau Kraft hatte dafür eine entsprechende Rechnung parat, um das politische System um eine Regierungsvariante zu bereichern.

Die rechten Parteien blieben deutlich unter fünf Prozent.

Die Linke in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl 2012

Die Linke verpasst ihr Wahlziel, den Wiedereinzug in den Kieler Landtag, mit 2,2% der gültigen Stimmen überaus deutlich. Erstmals wird sie aus einem Landesparlament wieder hinaus gewählt.

Doch das Ergebnis kommt nicht überraschend. Der Einzug in den Landtag gelang 2009 nur im Sog der am gleichen Tag stattfindenden Bundestagswahlen und war ein Resultat des bundespolitischen Rückenwindes für die Partei. Landespolitische Substanz spielte, wie mehrheitlich in den westdeutschen Ländern, bei der Wahlentscheidung eine untergeordnete Rolle.

Bei der Bundestagswahl 2009 erzielte Die Linke in Schleswig-Holstein mit 7,9% der Zweitstimmen ein für westdeutsche Länder (8,3%) unterdurchschnittliches Ergebnis. Bei den gleichzeitigen Landtagswahlen waren es nur noch 6%.

Ein Viertel der Bundestags-Wähler/-innenschaft (über 31.000 Stimmen) wanderte landespolitisch zu anderen Parteien, im Nordteil des Landes vor allem zum SSW, flächendeckend hauptsächlich zur SPD.

In den folgenden zweieinhalb Jahren der verkürzten Legislaturperiode gelang es nicht, personell und thematisch landespolitisches Profil zu entwickeln und so die Abhängigkeit von den politischen Stimmungen für die Bundespartei abzuschwächen. Die ohnehin schwache und von (Ab-)Spaltungen bedrohte Parteistruktur im Land konnte aus eigener Kraft nicht reorganisiert werden. Die kommunale Verankerung blieb, mit wenigen Ausnahmen, prekär.

Den veränderten Bedingungen – rot-grüne Wechselstimmung, Erstarken der Piraten – stand die Partei weitgehend hilflos gegenüber. Bereits ein Jahr nach dem Wahltermin lag die Partei in Umfragen unter der Fünf-Prozentmarke. Die politische Stimmung für Die Linke im Land folgte dem Bundestrend, gegen den Die Linke bisher noch keine Landtagswahl gewinnen konnte.

Unter all diesen Aspekten musste bereits bei der Verkündung des Neuwahltermins von einer großen bundespolitischen Verantwortung für das Landeswahlergebnis ausgegangen werden.

Wichtige personelle und strategische Fragen wurden frühzeitig auf die Zeit nach der Wahl in Schleswig-Holstein verlagert, prägten aber die öffentliche Berichterstattung über die Partei über Monate hinweg. Dabei gelang es wiederum nicht, die offenen Personalfragen mit inhaltlichen Positionen und Themen zu verbinden. Daher konnten die Differenzen nicht als Unterschiede in einer pluralen linken Partei wahrgenommen werden, die nach den besten Lösungen für gesellschaftliche Probleme und nach den erfolgversprechendsten strategischen Wegen für die Verbesserung der Lebenslage ihrer Anhänger_innen sucht, sondern nur als Gerangel zwischen Personen, die nicht miteinander können. In einer solchen Situation erscheint keine Partei als erste Adresse, bei der man sich mit seinen Problemen „gut aufgehoben“ fühlt.

Im Wahlkampf konnte die Landespartei zuvor verlorenes Terrain aus eigener Kraft nicht zurückerobern. Zwar versuchte sie mit der Wahlkampagne einen Schritt der Anpassung an die veränderten Bedingungen, jedoch fehlte es an Personen und Stimmung zur wirkungsvollen Umsetzung, um die alte Weisheit zu widerlegen, dass Wahlkämpfe bereits zuvor „verlorene Wahlen“ nicht umkehren können. Vielfach glaubte man, auf verlorenem Posten zu kämpfen.

Nur mit großen Anstrengungen werden in dem aktuellen Wahlergebnis vielleicht doch genügend politische Spielräume gefunden, um liegengelassene Aufgaben des Parteaufbaus anzupacken und bei den kommenden Kommunalwahlen mit einem qualitativen Schritt in die lokale Politik das Überleben der Linken als landespolitische Kraft und ihre Wiederkehr in den Landtag vorzubereiten.

Immerhin ging nach ersten vorläufigen Zahlen „nur“ ein Drittel der Verluste auf das Konto anderer Parteien, zwei Drittel der verlorenen Linke-Wähler/-innen blieben zu Hause. Diese Wähler/-innen wieder zu gewinnen, heißt, Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Linke verlor gegenüber 2009 Stimmenanteile in Höhe von 3,7 Prozentpunkten. Sie erreichte nur noch 2,2% der gültigen Stimmen. Bei den absoluten Stimmen stürzte sie von über 95.000 Zweitstimmen auf unter 30.000 Zweitstimmen ab. Die Stimmenverluste betrugen knapp 69% bei einem Rückgang der Wahlbeteiligung bzw. der gültigen Stimmen um gut 17%.

Die „Wahlachtberichte“ sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Die „Wahlachtberichte“ erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den „Wahlachtberichten“ ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
ILO kritisiert Merkels Austeritätspolitik	
Europa wählt zwischen „Primat der Politik“ und „Diktat der Finanzmärkte“	3
Frankreich hat einen Präsidenten gewählt / Extreme Rechte bei 18 Prozent	5
8. Mai in Köln: Rechte Pro NRW blamiert sich	7
Maid in India	8
Auslandsnachrichten	8
Niederlande: Die Reinigungskräfte haben gewonnen! • Türkei: Erneute Todesopfer auf Tuzla-Werft • Nokia baut Werk in Vietnam • Malaysia: Mit Unterstützung der Gewerkschaft Lohn erzwungen • Arbeitsrechtsaktivist in Bangladesch gefoltert und ermordet • Mordwelle gegen Bauern in Honduras reißt nicht ab	
Aktionen ... Initiativen	10
Extremismusklausel im Bund und in Sachsen rechtswidrig • Unredlich, falsch, unverantwortlich • Gegendemonstration für Philipp Müller am 12.5.2012 • Gorleben: Symbol verfehlter Atommüllpolitik • Friedens- statt Kriegspolitik im Irankonflikt • 16. bis 19. Mai „Bloccupy Frankfurt“ • 1. Mai-Bündnis zum 25. Jubiläum des „Kreuzberger Kiezaufstandes“	
Mannheim: Wo Sozialticket draufsteht ...	12
OB legt Vorschlag für Mobilitätskarte vor	13
Kommunale Politik	14
Autonomes Zentrum bedeutende Kultureinrichtung für Kalk: Köln. • SÖS-Linke: Wer ist Stuttgart? STUTTGART. • Kostenloser HVV ist sozial und ökologisch! Hamburg. • Beschäftigte sind keine Zitronen: BOCHUM. • Jobcenter verdrängt Hartz IV-Empfänger: NORDERSTEDT. • Wohnungsaufsicht muss ebenbürtiger Gegner werden: BONN. • PPP-Abzocke auf Kosten der Stadt: FRANKFURT A.M. • Beschluss nicht umsetzbar: ESSEN. • Antrag: Tariftreue bei öffentlichen Vergaben – auch in Bayern! MÜNCHEN. • „Bundesmittel für kommunale Verkehrsinvestitionen müssen erhöht werden! BERLIN.	
Gute Arbeit in Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit	16
Die IG Metall ist streikbereit!	17
Stadtplanung: Warnungen und Empfehlungen für das Stuttgarter Rosenstein-Viertel	18
Ad ACTA? Sobald wohl nicht!	19
„Manche Bücher begegnen einem im rechten Moment“	21
Kommentare und Auswertungen aus der Linken zur Wahl in Schleswig-Holstein	22

Neue Online-Publikationen bei der Rosa Luxemburg Stiftung: Wahlanalysen

Bei der Rosa Luxemburg Stiftung sind eine ganze Reihe von Online-Publikationen zu den verschiedenen Wahlen in Europa in den letzten Wochen erschienen, alle als PDF-Dateien abrufbar unter www.rosalux.de, Rubrik Publikationen.

Wahlen in Serbien: Stabilität trotz Krise?

Die politischen Verhältnisse nach den Wahlen am 6. Mai bleiben trotz Krise erstaunlich stabil. Analyse von Boris Kanzleiter, RLS-Büro Belgrad.

Die seit 2008 anhaltende Wirtschaftskrise in den Ländern der europäischen Peripherie hat in den vergangenen Monaten zu teilweise dramatischen politischen Verwerfungen geführt. Ganz anders in Serbien: Obwohl auch Serbien seit vier Jahren eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise durchlebt, zeigten sich die politischen Verhältnisse bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 6. Mai erstaunlich stabil. Serbien ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, dass wirtschaftliche Krisen und politische Umbrüche nicht unbedingt zeitgleich erfolgen.

Die Parlamentswahlen in Griechenland

Eine Analyse aus linker Sicht von Dominic Heilig.

Zunächst ist festzuhalten, dass sich das griechische Parteiensystem mit den Parlamentswahlen 2012 weiter fragmentiert hat. Nach dem Machtverlust von Pasok im November 2011 und dem Eintritt der Partei in eine große Koalition verließ ein großer Teil des linken Pasok-Flügels die Partei und schloss sich vornehmlich Syriza oder DimAr an. Beide Linksparteien hatten offensiv um die ausgetretenen oder ausgeschlossenen ehemaligen Pasok-Mitglieder geworben.

Es ist überraschend, dass Syriza derart stark, auf knapp 17 Prozent der Stimmen, zulegen konnte (2009: 4,6 Prozent). Syriza wurde vor allem in den urbanen Zentren des Landes überdurchschnittlich stark gewählt und kam sowohl in Athen, als auch in Thessaloniki auf Platz eins.

Es kann durchaus sein, dass im Zuge der schwierigen Koalitionssuche in Griechenland bald wieder Neuwahlen ausgerufen werden und die guten Resultate der radikalen Linken damit wieder dahin wären.

Die Wahl der politischen Ränder und der Absturz der beiden Volksparteien zeigen aber vor allem, dass die Griechen nicht mehr bereit sind, den zahlreichen Spardiktaten aus Athen und Brüssel bzw. Berlin und Paris, weiter zu folgen. Zum zweiten ist mit dem Wählervotum auch deutlich geworden, dass die Zeiten der Alleinregierungen in Athen vorüber sind und die Wähler Koalitionsregierungen mehr Vertrauen schenken.

Die Piraten-Partei im dritten Landtag

Themenausgabe des Wahlrechtberichts zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein von Horst Kahrs und Benjamin Hoff.

Die Piraten-Partei ist ein schillerndes neues Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft. Ihre Wahlerfolge zeugen von einer verbreiteten Unzufriedenheit mit dem real existierenden politischen Betrieb und seinen parlamentarischen Parteien.

Das Bedürfnis nach Veränderung scheint in der Gesellschaft, zumal bei den unter 40jährigen, weit verbreitet und geprägt von ideologischer Richtungslosigkeit im klassischen Sinn. Drückte sich zuvor die Auffassung, dass es so wie es ist nicht weitergehen kann, in der Wahl von Parteien auf den Polen „Markt/Individuum“ (FDP) oder „Staat/Gesellschaft“ (Die Linke) aus, so steht die Wahlentscheidung für die Piraten gegen die Abschottung des politischen Systems vom Alltag, gegen das „Politsprech“, für die Freiheit des Individuums und für gesellschaftliche, gemeinschaftliche Einrichtungen.

Die Piraten-Partei kann insoweit als Wiedergeburt des Sozialliberalismus unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden. Dieser Sozialliberalismus wäre dann der Erbe des Neoliberalismus und seiner Auswüchse, der Ausbruch aus der scheinbaren Alternativlosigkeit von „Markt versus Staat“. Allerdings: Über die Piraten-Partei, ihre Anhänger/-innen und ihr Potential gibt es viele Vermutungen, manche begründet, manche hochspekulativ. Sicher ist nur, dass sie die konstellationspolitischen Rechnungen aller anderen Parteien durcheinander bringen, und alle anderen Parteien zwingen, sich zu ihnen zu verhalten und sich zu verändern.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 31. Mai 2012.

Redaktionsschluss: Freitag, 25. Mai.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 28. Juni, 26. Juli, 6. September, 5. Oktober, 2. Nov., 30. Nov., 9. Jan. 2013